

**Mittelfristige Prognose der
österreichischen
Wirtschaft 2013-2017**

Juli 2013

SPERRFRIST: Mittwoch, 24. Juli 2013, 11:00 Uhr

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2013-2017

Jahresmodell LIMA/05
Juli 2013

Die ökonometrischen Modellprognosen
werden von einer Arbeitsgruppe
der Abteilung Ökonomie erstellt:

Ines Fortin
Daniela Grozea-Helmenstein
Helmut Hofer
Christian Keuschnigg
Sebastian Koch
Robert M. Kunst
Philip Schuster
Edith Skriner
Klaus Weyerstraß

Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien

Kontakt:

Christian Keuschnigg
☎: +43/1/59991-125
email: keuschnigg@ihs.ac.at

Helmut Hofer
☎: +43/1/599 91-251
email: hofer@ihs.ac.at

Tanja Gewis
Public Relations
☎: +43/1/599 91-122
email: gewis@ihs.ac.at

Das Institut für Höhere Studien (IHS) wurde im Jahr 1963 auf Initiative von Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern mit Unterstützung durch die Ford Foundation, das Österreichische Bundesministerium für Unterricht und die Stadt Wien als ein privater gemeinnütziger Verein gegründet. Seit seinen Anfängen ist das IHS dem Prinzip verpflichtet, dass wissenschaftliche Forschung und Zusammenarbeit eine Plattform für kritische Diskussion, Konsensfindung und sowohl offene als auch kritische wissenschaftliche Expertise bietet. Das höchste Organ des Instituts ist ein Kuratorium, das sich aus bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zusammensetzt. Außerdem wird das Institut von einem international besetzten Beirat unterstützt. Die Finanzierung erfolgt über Subventionen des Bundesministeriums für Finanzen, der Oesterreichischen Nationalbank, der Gemeinde Wien und sonstiger Institutionen. Über 40 % des Institutsbudgets wird durch Auftragsforschung erwirtschaftet.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung und Zusammenfassung	1
	Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	5
	Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	6/7
2.	Die internationale Konjunktur	8
	2.1 Internationale Konjunkturprognosen	8
	2.2 Länderprognosen	10
	Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	18
	2.3 Anpassungsfortschritte im Euroraum	19
	Abbildung: Finanzierungssaldo des Staates	21
	Abbildung: Primärsaldo des Staates	21
	Abbildung: Öffentlicher Schuldenstand	22
	Abbildung: Lohnstückkosten	22
	Abbildung: Leistungsbilanzsaldo	23
	Abbildung: Eigenkapitalquote der Banken	23
3.	Die österreichische Außenwirtschaft	26
	Abbildung: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten	28
4.	Perspektiven der Inlandskonjunktur	29
	Abbildung: Produktionslücke	30
	Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte	31
	Abbildung: Wachstumsraten von BIP und Bruttoanlageinvestitionen	33
	Abbildung: Inflationsrate in Österreich	37
5.	Monetäre Prognose	40
	Tabelle: Leitzinsen wichtiger Zentralbanken	40
	Abbildung: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen	41
	Tabellenanhang	42

1. Einleitung und Zusammenfassung

Attraktivität des Wirtschaftsstandorts sichern

Die „große Rezession“ und die Krise im Euroraum prägten die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen fünf Jahre. Das Institut geht aber davon aus, dass die erfolgten und geplanten Strukturanpassungen dazu führen, dass die Wirtschaft des Euroraums im nächsten Jahr wieder auf einen verhaltenen Wachstumskurs einschwenkt. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut für den Zeitraum 2013 bis 2017 ein durchschnittliches Wachstum der österreichischen Volkswirtschaft von 1.7 %. Dies führt zu einer Stabilisierung am Arbeitsmarkt. Mit 7.2 % am Ende des Prognosezeitraums ist die Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition zwar niedriger als heute, bleibt aber auf einem historisch hohen Niveau. Das Ziel eines annähernd ausgeglichenen öffentlichen Haushalts bis zum Jahr 2016 und damit ein langsamer Rückgang der Staatsschuldenquote sind bei strikter Budgetdisziplin erreichbar.

Der Euroraum befindet sich weiterhin in einer hartnäckigen Rezessionsphase. Es finden sich aber Hinweise, etwa die Stabilisierung der Stimmungsindikatoren sowie die Lage auf den Finanzmärkten, die auf eine Konjunkturerholung hindeuten. Das Institut geht davon aus, dass die bisher erfolgten und geplante weitere Strukturanpassungen dazu beitragen, dass sich der bereits begonnene langsame Abbau der Ungleichgewichte im Euroraum fortsetzt und mit den Reformen die europäische Banken- und Staatsschuldenkrise gemeistert wird. Ab nächstem Jahr sollte daher die Wirtschaft des Euroraums wieder auf einen, allerdings sehr verhaltenen, Wachstumskurs einschwenken. Die Verbesserung des internationalen Umfeldes schlägt auf die österreichische Volkswirtschaft durch. In den Jahren 2013 bis 2017 wird das reale Bruttoinlandsprodukt um durchschnittlich 1.7 % pro Jahr wachsen. Diese mittelfristige Vorausschau übernimmt die Werte der kurzfristigen IHS-Prognose vom Juni für die Jahre 2013 und 2014 und erweitert den Prognosehorizont bis 2017. Ausgehend von 0.6 % und 1.8 % in den Jahren 2013 und 2014 erwartet das Institut für den restlichen Prognosezeitraum Wachstumsraten von rund 2 %, wobei der Konjunkturröhepunkt mit 2.2 % im Jahr 2015 erreicht werden dürfte. Insgesamt fällt das Wachstum damit um einen Prozentpunkt kräftiger als im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre aus, die durch die „große Rezession“ und die Strukturkrise im Euroraum geprägt waren. Damit wird die Wirtschaftsleistung in Österreich auch im Prognosezeitraum wieder deutlich schneller als im Euroraum (0.7 %) zulegen.

Als Teil der mittelfristigen Prognose schätzt das Institut das Produktionspotenzial der österreichischen Wirtschaft. Dabei handelt es sich um die bei Normalauslastung der Kapazitäten erreichbare Produktion, die mit den Einsatzfaktoren Arbeit, Kapital und technischer Fortschritt möglich ist. Im Zuge der „großen Rezession“ hat sich die Expansion der Produktionsmöglichkeiten abgeschwächt und 2012 nach Einschätzung des Instituts 1.3 % betragen. Im Verlauf des Prognosezeitraums sollte das Wachstum des Produktionspotenzials wieder ansteigen und im Jahr 2017 1.8 % erreichen. Ausgehend von einer annähernden Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten im Jahr

2012 ergibt sich aufgrund der vorübergehenden Konjunkturschwäche zunächst eine negative Produktionslücke, die sich bis zum Ende des Prognosezeitraums wieder schließt.

Die Konjunktur in den Industrieländern sollte sich im Prognosezeitraum stabilisieren. Aufgrund des notwendigen Abbaus der privaten und öffentlichen Verschuldung fällt der Aufschwung aber vergleichsweise verhalten aus. Dies entspricht den Erfahrungen früherer Finanzkrisen. Für die USA wird mit einem durchschnittlichen Wachstum von 2.5 % gerechnet. Im Euroraum wird hingegen nur ein durchschnittliches Wachstum von 1.0 % erwartet. Die Dynamik in den Schwellenländern wird vergleichsweise hoch bleiben (China 7.7 %). Das Institut geht von einem durchschnittlichen Rohölpreis von 110 US-Dollar je Barrel aus. Hinsichtlich des Euro/Dollar-Wechselkurses wird ein Wert von 1.30 unterstellt.

Mit der Länge des Prognosezeitraums steigen die Prognoseunsicherheiten. Das größte Risiko bleibt weiterhin die Staatsschulden- und Finanzkrise im Euroraum. Zwar haben die Risiken im Vergleich zum Vorjahr abgenommen, eine längere Stagnation der Wirtschaft des Euroraums erscheint aber durchaus möglich. Neue Anspannungen auf den Finanzmärkten sowie von der schwachen Wirtschaftslage ausgelöste Probleme im Bankenbereich könnten die Wirtschaftserholung deutlich verzögern, wozu eine schwächere Binnennachfrage aufgrund weiter steigender Arbeitslosigkeit beitragen könnte. Problematisch ist auch die hohe Staatsverschuldung in den USA und in Japan. Ein Ausbleiben der Budgetkonsolidierung und die damit verbundene höhere Schuldenquote könnte die Wachstumsrate des Produktionspotenzials in diesen Volkswirtschaften verringern. Die Inflationsrisiken, die von den geldpolitischen Maßnahmen der Zentralbanken ausgehen, werden hingegen als gering eingeschätzt. Es bestehen aber auch Aufwärtsrisiken. Eine Verbesserung des Unternehmer- und Konsumentenvertrauens angesichts der bisher erzielten und weiter fortschreitenden Anpassungsfortschritte im Euroraum könnte die wettbewerbsfähige österreichische Wirtschaft über den Nachfragekanal stimulieren.

Der reale private Konsum in Österreich übt traditionellerweise eine stabilisierende Wirkung auf die Konjunktur aus. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut eine durchschnittliche Wachstumsrate von 0.9 %. Die Entwicklung der Realeinkommen erlaubt den privaten Haushalten nur eine verhaltene Erhöhung der historisch niedrigen Sparquote. Ausgehend von 7.7 % im Vorjahr wird die Sparquote bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 8.6 % ansteigen.

Die Investitionen hängen neben den Kapitalkosten von Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und erwarteter Nachfrage ab. Im Einklang mit den generellen Wirtschaftsaussichten bleibt die Investitionstätigkeit im Prognosezeitraum verhalten. Die Bruttoanlageinvestitionen werden pro Jahr um durchschnittlich 2.1 % zulegen. Dabei ziehen die Ausrüstungsinvestitionen mit einem durchschnittlichen Wachstum von 2.4 % etwas stärker als die Bauinvestitionen an. Diese werden um 1.8 % ausgeweitet, wobei die öffentliche Bautätigkeit schwach bleibt.

In den vergangenen fünf Jahren drückte die weltweite Wirtschaftskrise auf die österreichische Außenwirtschaft. Mit der Verbesserung der internationalen Rahmenbedingungen beleben sich die österreichischen Exportmärkte wieder. Die realen Exporte im weiteren Sinn laut VGR werden im Prognosezeitraum um durchschnittlich 4.9 % zulegen, wobei die Warenexporte um 5.3 % steigen. Aufgrund der

stärkeren Handelsdynamik und der kräftigeren Binnennachfrage zieht auch die Importtätigkeit an. Für die realen Importe im weiteren Sinne laut VGR wird eine durchschnittliche Wachstumsrate von 4.4 % erwartet, die Warenimporte wachsen dabei um 4.5 %. Damit geht vom Außenhandel im Prognosezeitraum ein markanter positiver Wachstumsbeitrag aus.

Mit einer durchschnittlichen Inflationsrate von 2.0 % erwartet das Institut eine moderate Teuerung im Prognosezeitraum. Dabei wird unterstellt, dass von den internationalen Rohstoff- und Energiepreisen keine signifikanten preistreibenden Impulse ausgehen. Auch von der Entwicklung der heimischen Lohnstückkosten ist nur ein mäßiger Preisdruck zu erwarten.

Die schwache Konjunktur drückt in den ersten beiden Prognosejahren auf den heimischen Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition steigt bis auf 7.5 %. Im weiteren Verlauf expandiert die Volkswirtschaft zwar wieder und die Beschäftigung wächst über den gesamten Prognosezeitraum gesehen um durchschnittlich 0.8 %. Aufgrund des steigenden Arbeitskräfteangebots und des vergleichsweise moderaten Wirtschaftswachstums fällt die Arbeitslosenquote allerdings kaum und beträgt am Ende des Prognosezeitraums 7.2 %. Für die Arbeitslosenquote gemäß Eurostat-Definition impliziert das einen Wert von 4.7 %.

Das Stabilitätsprogramm der Bundesregierung sieht für das Jahr 2016 einen weitgehend ausgeglichenen Staatshaushalt vor. Dieses Ziel sollte mit der nötigen Budgetdisziplin und eventuell erforderlichen Nachbesserungen erreichbar sein. Die Rückführung des gesamtstaatlichen Haushaltdefizits ist wichtig, um das Vertrauen internationaler Investoren aufrecht zu halten und auch zukünftig für im internationalen Vergleich günstige Refinanzierungskonditionen zu sorgen. Darüber hinaus ist eine nachhaltige Rückführung der Staatsschulden unerlässlich. Dies erfordert die zügige Umsetzung von Reformen im Bereich der Verwaltung und im Gesundheitswesen sowie eine anreizfreundlichere Gestaltung der Beziehungen der öffentlichen Gebietskörperschaften untereinander. Dadurch können Effizienzpotenziale im öffentlichen Sektor gehoben werden. Für eine nachhaltige Sicherung der Pensionen sind weitere Anstrengungen zur Erhöhung des effektiven Pensionsalters essentiell. Aus mittel- bis längerfristiger Sicht ist es unumgänglich, finanzpolitischen Spielraum zu schaffen, um die steuerliche Belastung des Faktors Arbeit zu senken, die Finanzierung von Ausgaben für Bildung, Forschung und Technologie sicherzustellen und damit Wachstumsaussichten und Standortqualität Österreichs zu erhalten.

In einem Spezialkapitel der Prognose wird auf die makroökonomischen und wirtschaftspolitischen Fortschritte im Euroraum eingegangen. Die Krise hat deutlich gemacht, dass flexiblere Arbeits- und Produktmärkte sowie eine strikt produktivitätsorientierte Lohnpolitik in allen Mitgliedsländern erforderlich sind, um den Wegfall der Wechselkurse zu ersetzen und Handelsungleichgewichte zu beseitigen. Seit Ausbruch der Krise haben die Länder, die in finanzielle Probleme geraten und internationale Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt hatten, erhebliche Fortschritte hin zu tragfähigen Staatsfinanzen, einem stabileren Bankensektor und einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft erzielt. Allerdings unterscheiden sie sich beträchtlich hinsichtlich des Tempos der Anpassungen und der bereits erzielten Erfolge. Alles in allem verlaufen die Anpassungsprozesse in den Krisenländern zäh und dürften noch einige Zeit in An-

spruch nehmen. Die bereits erreichten Anpassungen stellen zwar Schritte in die richtige Richtung dar. Die Verwundbarkeit bei erneuten Krisen bleibt aber hoch. Der weitere Erfolg der Reformen hängt davon ab, ob es gelingt, die mit enormen sozialen Kosten verbundenen Anstrengungen aufrecht zu erhalten. Dies dürfte politisch nur dann durchsetzbar sein, wenn sich die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt bald verbessern.

Wichtige Prognoseergebnisse

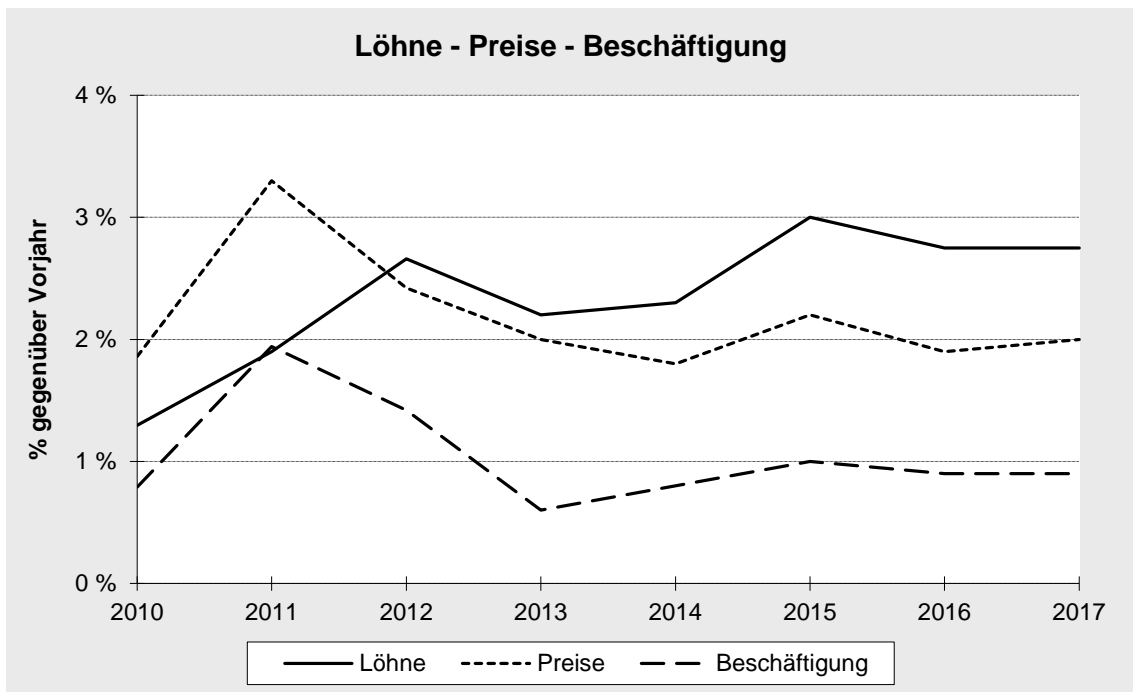
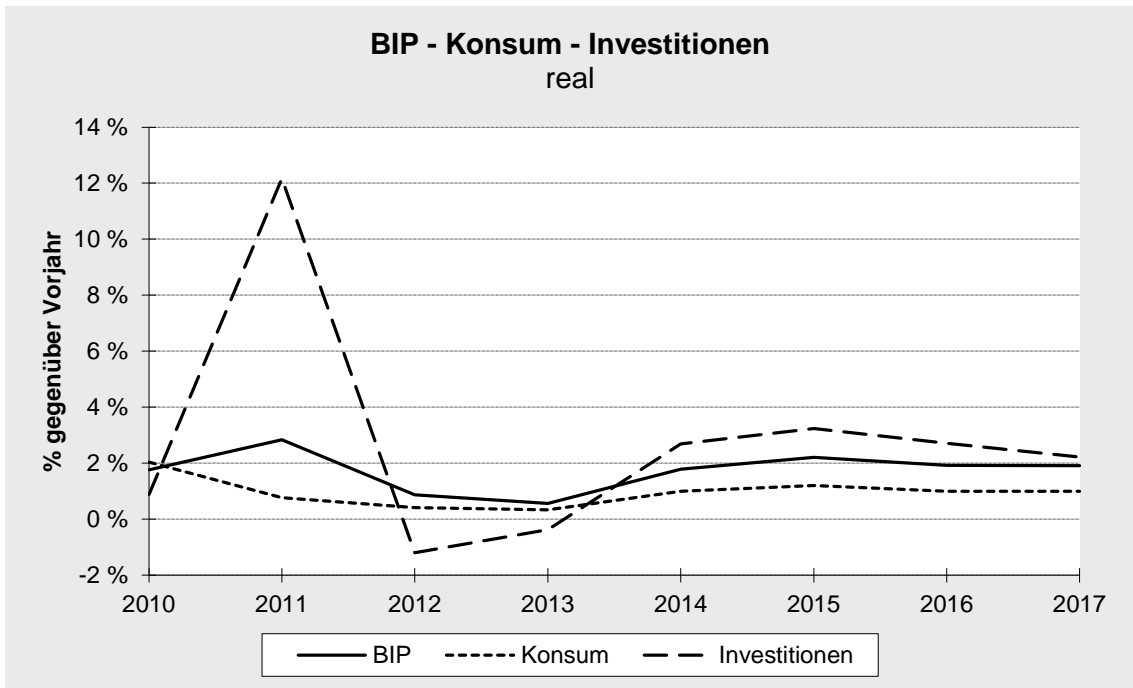
Durchschnittliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2003-2007	2008-2012	2013-2017
Bruttoinlandsprodukt, real	2.6	0.6	1.7
Privater Konsum, real	1.6	1.0	0.9
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	3.5	-0.5	2.1
Bruttoanlageinvestitionen, real	2.0	0.2	2.1
Ausstattungsinvestitionen, real	2.8	1.7	2.4
Bauinvestitionen, real	1.3	-1.1	1.8
Inlandsnachfrage, real	2.2	0.6	1.1
Exporte i.w.S., real	7.1	0.2	4.9
Waren, real (laut VGR)	7.4	0.0	5.3
Reiseverkehr, real (laut VGR)	1.0	-0.1	1.3
Importe i.w.S., real	6.6	0.2	4.4
Waren, real (laut VGR)	7.2	0.1	4.5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-0.6	-2.4	1.0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1.1	1.0	0.8
Arbeitslosenquote: Nationale Definition *)	6.9	6.8	7.4
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition *)	4.7	4.3	4.8
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.4	2.2	2.6
Preisindex des BIP	1.8	1.7	1.8
Verbraucherpreisindex	1.9	2.2	2.0
3-Monats-Euribor *)	2.8	1.7	0.9
10-Jahres-BM-Rendite öst. Staatsanleihen *)	3.9	3.4	2.9

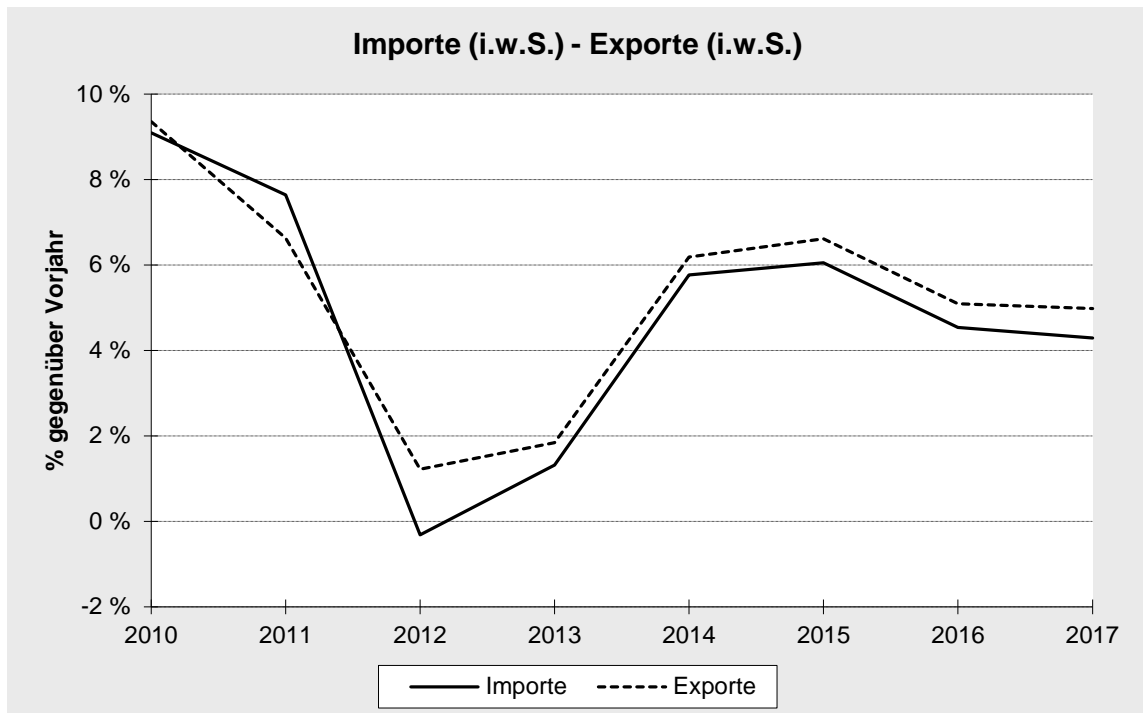
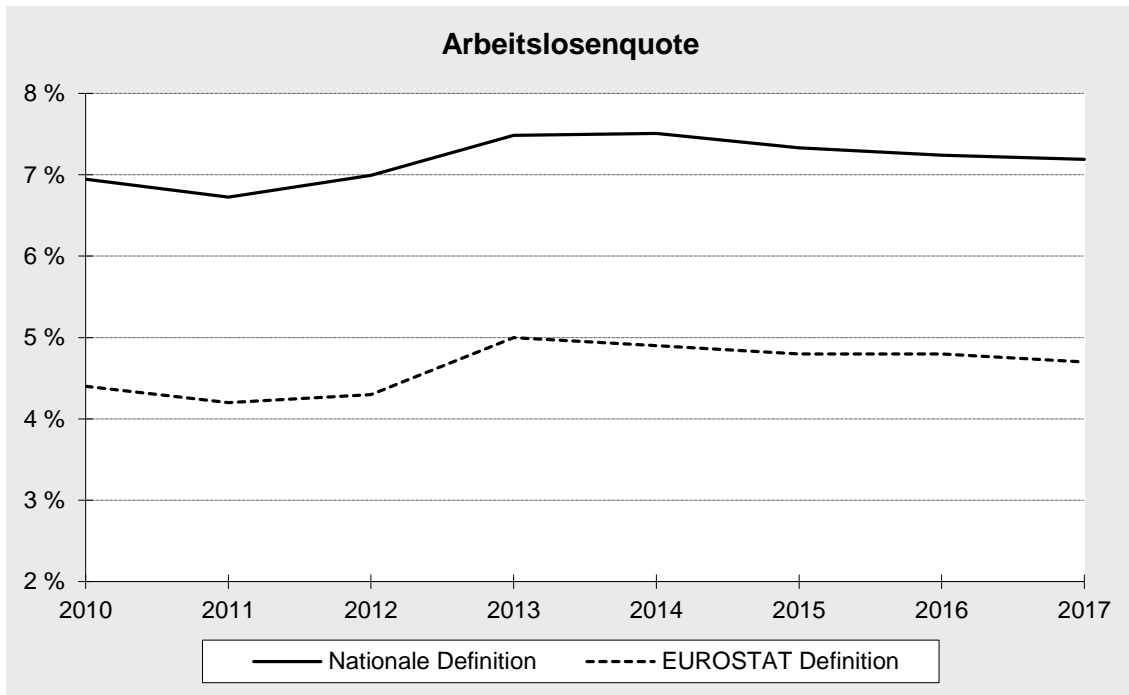
Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

*) absolute Werte

WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 1



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 2



2. Die internationale Konjunktur

2.1 Internationale Konjunkturprognosen

Im Zeitraum 2008 bis 2012 wuchs die Weltwirtschaft im Jahresdurchschnitt um 2.9 %, der reale Welthandel legte um durchschnittlich 2.0 % zu. Die grenzüberschreitenden Direktinvestitionen sind im Durchschnitt der letzten Fünfjahresperiode wegen des starken Einbruchs in den Jahren 2008 und 2009 und der nur sehr zögerlichen Erholung in den folgenden Jahren gesunken. 2008 endete die Hochkonjunktur. Aufgrund der Preisentwicklung schwächte sich der Konsum der privaten Haushalte ab, und die Unternehmen begannen unter den verschärften Finanzierungsbedingungen und den hohen Rohstoffpreisen zu leiden. Die Probleme am US-Immobilienmarkt lösten eine Finanzkrise aus, die sich durch die Insolvenz von *Lehman Brothers* drastisch verstärkte. Der Konjunktureenbruch erfasste allmählich alle Industrieländer. 2009 erlitt die Weltwirtschaft den stärksten konjunkturellen Einbruch seit dem Zweiten Weltkrieg. Der Maschinenbau und die Fahrzeugindustrie in den Industrieländern waren besonders stark betroffen. Mitte 2009 gab es erste Anzeichen einer Erholung der Weltwirtschaft. Die Wachstumsimpulse kamen aus den Schwellenländern und die staatlichen Stimulierungsmaßnahmen, die expansive Geldpolitik und die moderate Preisentwicklung wirkten stabilisierend. Die Weltwirtschaft hat so die „große Rezession“ rasch überwunden, die Aufschwungsphase dauerte jedoch nur bis zur Jahresmitte 2011 an. Die nachfolgende globale Wachstumsverlangsamung wurde von der Staatsschuldenkrise im Euroraum ausgelöst und von der weltweit schwachen Investitionsbereitschaft verschärft. In der Güterverarbeitenden Industrie war das mangelnde Vertrauen der Unternehmer am stärksten ausgeprägt. Auch die Budgetkonsolidierungsmaßnahmen in den hoch verschuldeten Staaten dämpften die globale Nachfrage. So verzeichneten die Industrieländer eine deutliche Verlangsamung in der konjunkturellen Entwicklung, die sich im Jahresverlauf 2012 auf die Schwellenländer übertrug. Die Welthandelsdynamik hat daher markant nachgegeben.

Die Weltkonjunktur entwickelt sich 2013 weiterhin schwach. Dies ist auf die anhaltende Schuldenkrise im Euroraum und auf die weltweit fehlende Investitionsbereitschaft zurückzuführen. Die Welthandelsdynamik bleibt auch am Anfang des Prognosezeitraums sehr gedämpft. Die Nachfrage aus China entwickelt sich verhalten und die gute Konjunktur in den USA und in Japan kann nur zum Teil die wirtschaftliche Schwäche des Euroraums abfedern. Laut der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ist die Lage auf den Arbeitsmärkten in den meisten Ländern der Welt sehr angespannt. Weltweit ist die Geldpolitik daher gefordert, konjunkturbelebende Maßnahmen zu setzen. Mit der schwachen globalen Nachfrage und den rückläufigen Rohstoffpreisen verlangsamt sich der Inflationsdruck. Es gibt Anzeichen dafür, dass die Budgetkonsolidierung voranschreitet. Die Konjunktur dürfte in den kommenden Jahren weltweit wieder an Fahrt gewinnen. Der Welthandel wird im Prognosezeitraum voraussichtlich um 5.2 % pro Jahr wachsen. In China und Indien dürfte die Inlandsnachfrage zunehmen und so den Welthandel stimulieren. Es wird erwartet, dass der Preisdruck in den kommenden Jahren moderat bleibt und die Geldpolitik somit keinen besonders restriktiven Kurs einschlagen muss. Es bestehen aber auch Risiken, die die Entwicklung dämpfen könnten. Die Regierungen zahlreicher Staaten müssen in den kommenden Jahren einen strikten Sparkurs einhalten. Strengere Richtlinien für die

Vergabe von Krediten an Unternehmen und private Haushalte könnten im Prognosezeitraum die Investitionstätigkeit erschweren. In den Industrieländern dürfte die Arbeitslosigkeit nur langsam zurückgehen.

Nachdem der Erdölpreis (Brent) im Zeitraum 2008 bis 2012 im Durchschnitt 92.6 US-Dollar pro Fass ausmachte, wird dieser Prognose ein durchschnittlicher Preis von 110.0 US-Dollar zugrunde gelegt. Angesichts einer effizienteren Nutzung sollte der Zuwachs in der Nachfrage nach Erdöl in den kommenden Jahren langsamer als in den vergangenen Aufschwungsphasen ausfallen. Das Institut geht von einem durchschnittlichen Euro/Dollar-Wechselkurs von 1.30 US-Dollar aus. Dies wird durch die erwartete Festigung der Wirtschaftsentwicklung in den USA gestützt.

Das Wirtschaftswachstum der Industrieländer wird im Zeitraum 2013 bis 2017 durchschnittlich 2.1 % betragen, nach 0.5 % in den vergangenen fünf Jahren. In den Schwellenländern bleibt das Wachstumstempo deutlich höher. Die Wirtschaft Asiens (ohne Japan) wuchs in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 7.8 %. Ende 2008 wurden die asiatischen Volkswirtschaften von der Wirtschafts- und Finanzkrise erfasst, die sich Anfang 2009 verstärkte. Die Tigerstaaten, insbesondere die Wirtschaften von Singapur, Hongkong, Taiwan und Malaysia, litten unter dem rückläufigen globalen Handel. China und Indien waren zwar auch vom Einbruch der Exportnachfrage betroffen, die Konjunktur der beiden Länder wurde aber von der Inlandsnachfrage gestützt. Nach einem rasanten Aufschwung 2010 setzte 2011 erneut eine Abkühlung ein. Der IWF erwartet für 2013 in den asiatischen Schwellenländern ein Wirtschaftswachstum von 6.9 %. In den kommenden Jahren könnte sich die Nachfrage wieder verstärken, womit im Prognosezeitraum ein BIP-Zuwachs von 7.4 % im Jahresdurchschnitt möglich erscheint. Zwischen 2008 und 2012 ist die Wirtschaft Lateinamerikas im Jahresdurchschnitt um 3.3 % gewachsen. Wegen der hohen Abhängigkeit von Rohstoffexporten ist die Region 2009 vom weltweiten Konjunkturabschwung nicht verschont geblieben, gefolgt von einem sehr raschen und robusten Konjunkturaufschwung 2010. Im Jahr 2011 begann sich die Konjunktur bereits wieder zu verlangsamen. Im Prognosezeitraum könnte das Wirtschaftswachstum in Lateinamerika im Jahresdurchschnitt 3.6 % betragen.

In den vergangenen fünf Jahren ging die Wirtschaftsleistung in der EU-27 sowie im Euroraum um durchschnittlich 0.2 % zurück. 2008 begann die Wirtschaft des Euroraums unter den hohen Energie- und Nahrungsmittelpreisen, der Finanzkrise und der sich weltweit abschwächenden Konjunktur zu leiden. 2009 belastete vor allem der massive Exporteinbruch die Wirtschaftsentwicklung im Euroraum. Die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern ging massiv zurück. Die öffentlichen Stabilisierungsmaßnahmen haben die Budgetdefizite der Mitgliedstaaten kräftig in die Höhe getrieben. Zwischen 2010 und 2012 blieb die konjunkturelle Entwicklung auf Länderebene heterogen. Die südeuropäischen Länder litten unter ihren strukturellen Problemen. Die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit erforderte drastische gesamtwirtschaftliche Anpassungen, die die Nachfrage dämpften. Auch die notwendigen Budgetkonsolidierungsmaßnahmen belasteten die Konjunktur. Dass die Gesamtentwicklung im Euroraum nicht noch schlechter ausgefallen ist, geht auf die relativ gute konjunkturelle Lage der deutschen Wirtschaft zurück. Der Rückgang in der Binnennachfrage des Euroraums wurde von schwachen Zuwächsen in der Außenwirtschaft abgefedert.

Das BIP des Euroraums sinkt auch 2013. Der Rückgang in der Konsumnachfrage und in der Investitionstätigkeit wird sich jedoch im Jahresverlauf verlangsamen. Die positive Exportentwicklung in Italien, Spanien und Portugal ist ein erstes Anzeichen einer Stabilisierung der Wirtschaftslage in den betroffenen Ländern. Das Institut geht davon aus, dass sich die Vertrauenskrise in den kommenden Jahren zurückbildet. Deutschland wird die wettbewerbsstärkste Wirtschaft des Euroraums bleiben. Für Italien, Spanien und Griechenland werden Fortschritte im Schuldenabbau erwartet. Ab 2014 ist mit einer Verbesserung der Wirtschaftslage zu rechnen. Die Inflation wird in den kommenden Jahren bei rund 2 % liegen. Die Europäische Zentralbank dürfte daher den Leitzinssatz vom derzeitigen Niveau nur geringfügig anheben. Die Arbeitslosenquote, die in der letzten Fünfjahresperiode durchschnittlich 9.1 % betrug, dürfte im Prognosezeitraum weiterhin hoch bleiben. Das jahresdurchschnittliche Wirtschaftswachstum im Euroraum sollte 1.0 % betragen.

2.2 Länderprognosen

Die Wirtschaft der **USA** ist im Zeitraum 2008 bis 2012 im Jahresdurchschnitt um 0.6 % gewachsen. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 8.3 % und die Inflation betrug 2.1 %. Der Zuwachs der Arbeitsproduktivität hat in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich 1.2 % ausgemacht und die Lohnstückkosten sind um 1.1 % gestiegen. Das Platzen der Immobilienblase löste 2008 eine Finanzkrise aus und so ist die US-Wirtschaft 2009 in eine Rezession geraten. Die Korrektur am Immobilienmarkt, die geringere Verfügbarkeit von Krediten, die Turbulenzen an den Finanzmärkten und die hohen Ölpreise haben die Wirtschaftslage weiter verschärft. Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte, die etwa 70 % der Wirtschaftsleistung ausmacht, ist in den Jahren 2008 (zum ersten Mal seit 1974) und 2009 gefallen. Umfangreiche Konjunkturpakete und eine expansive Geldpolitik haben die US-Konjunktur 2010 und 2011 spürbar belebt. Seit Ende 2008 hat die amerikanische Zentralbank nicht nur die Leitzinsen auf null reduziert, sondern darüber hinaus eine Politik des *Quantitative Easing* verfolgt, mit deren Hilfe die langfristigen Zinsen nach unten gedrückt wurden. Dies geschah, um Investitionen und Ausgaben anzukurbeln und die Lage am Arbeitsmarkt zu verbessern. 2012 verstärkte sich der private Konsum und in der Baukonjunktur festigte sich der Aufschwung.

Im Prognosezeitraum sollte das BIP der USA um durchschnittlich 2.5 % zulegen. Der Konjunkturverlauf ist maßgeblich auf die Belebung des privaten Konsums zurückzuführen. Die Baukonjunktur wird sich weiterhin beleben und auch bei den Ausrüstungsinvestitionen ist mit einem Zuwachs zu rechnen. Die guten Wirtschaftsaussichten führen zu einer Zunahme der Beschäftigung. Die Inflationsrate wird voraussichtlich bei 2.2 % liegen. Wegen der im historischen Vergleich jedoch noch immer hohen Arbeitslosigkeit und der niedrigen Inflation werden die Zinsen in den kommenden Jahren nur geringfügig ansteigen. Aufgrund der erwarteten Belebung der Inlandsnachfrage dürfte sich das Leistungsbilanzdefizit wieder vergrößern. Dämpfende Effekte werden von Budgetkonsolidierungsmaßnahmen erwartet.

Die Wirtschaft **Japans** ist in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich um 0.2 % geschrumpft. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 4.6 %, die Preise sind um 0.2 % gesunken. Die Arbeitsproduktivität nahm um durchschnittlich 0.3 % zu, die Lohnstückkosten sind um 0.6 % zurückgegangen. In der

japanischen Wirtschaft setzte bereits 2008 eine Rezession ein, die auf eine fehlende Binnennachfrage zurückzuführen war. Im Jahr 2009 verschlechterte sich die Wirtschaftslage zunehmend. Durch den weltweiten Konjunkturereinbruch und die Aufwertung des Yen ist die Nachfrage nach japanischen Exportgütern drastisch gesunken. Dadurch sahen sich die Unternehmen gezwungen, ihre Produktion und Investitionen zu drosseln und Arbeitsplätze abzubauen. Der kräftige Wirtschaftsaufschwung 2010 war primär auf die belebte Nachfrage aus den asiatischen Schwellenländern zurückzuführen. Steigende Einkommen sowie staatliche Fördermaßnahmen haben zudem die Konsumnachfrage belebt. Nach der Naturkatastrophe im März 2011, die zu einem scharfen Einschnitt in der konjunkturellen Entwicklung führte, normalisierten sich die Wirtschaftsbedingungen in Japan. Der Wiederaufbau führte zu einer Belebung der Inlandsnachfrage. Durch den starken Yen entstand für die exportorientierten Industrien Japans ein Wettbewerbsnachteil, vor allem gegenüber Südkorea und Deutschland. Die Krise im Euroraum und politische Auseinandersetzungen mit China belasteten die Exportwirtschaft zusätzlich.

Im Prognosezeitraum dürfte das japanische BIP um durchschnittlich 1.3 % wachsen. 2013 erholt sich die Exportwirtschaft, gestützt von der globalen Wirtschaftsentwicklung und der Abschwächung des Yen gegenüber den wichtigsten Handelswährungen. Auch in den kommenden Jahren wird die Außenwirtschaft wieder wesentlich zum Wirtschaftswachstum beitragen. Die günstige Wechselkursentwicklung beflügelt den Kapitalmarkt und mit der Stabilisierung der Wirtschaftslage steigt auch die Bereitschaft der Unternehmer, zu investieren und Arbeitskräfte einzustellen. Wegen der zahlreichen Stimulierungsmaßnahmen muss in den kommenden Jahren mit einem weiteren Anstieg der bereits hohen öffentlichen Verschuldung gerechnet werden. Die Arbeitslosenquote dürfte durchschnittlich 4.2 % ausmachen. Die japanische Zentralbank wird weiterhin eine expansive Geldpolitik betreiben.

Die Wirtschaft der **Volksrepublik China** ist in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 9.3 % gewachsen. Im Jahr 2008 hat in China der konjunkturelle Abschwung eingesetzt. Um einen noch stärkeren Abschwung zu vermeiden, hat die Regierung ein massives Konjunkturpaket geschnürt, dem weitere Stimulierungsmaßnahmen folgten. Die Notenbank hat den Leitzinssatz drastisch von 4.5 % auf 1.5 % gesenkt. So ist die chinesische Wirtschaft 2009 vom globalen Wirtschaftseinbruch nahezu verschont geblieben. 2010 wurde die konjunkturelle Entwicklung von der Investitionstätigkeit getragen. Die passiven Direktinvestitionen wuchsen um 20.8 %. Die chinesische Währung wertete gegenüber dem US-Dollar etwas auf und begünstigte so die Importnachfrage. Die konjunkturelle Abschwächung 2011 ist primär auf die straffere Geldpolitik zurückzuführen. Einerseits stiegen die Kreditkosten, andererseits wurden den Banken Quoten für die Kreditvergabe auferlegt. Die Abschwächung der globalen Konjunktur führte auch zu einer Wachstumsverlangsamung im Export. Gründe für die konjunkturelle Verlangsamung im Jahr 2012 waren die anhaltende Nachfrageschwäche der wichtigsten Exportmärkte Chinas und die Abkühlung des Investitionsbooms im Inland. Hinzu kommt, dass die steigenden Löhne sowie die Währungsaufwertung der vergangenen Jahre die internationale Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Wirtschaft schwächten, wodurch die Kapitalzuflüsse aus dem Ausland ins Stocken gerieten.

Gründe für die vergleichsweise schleppende konjunkturelle Entwicklung am Anfang des Prognosehorizonts liegen in der Exportnachfrage und in der Investitionstätigkeit. Die Exportwirtschaft leidet unter dem Nachfragerückgang aus Europa. Relativ hohe Kosten für Energie, Land, Wasser und Arbeitskraft treiben die Produktionskosten in die Höhe und so verliert die chinesische Wirtschaft als Standort für ausländische Betriebsansiedelungen an Attraktivität. Mit einer Abwertung des Yuan ist in den kommenden Jahren dennoch nicht zu rechnen. Das Wirtschaftswachstum wird somit ein gemäßigeres Tempo einschlagen. Das langfristige Wachstumsziel der Regierung liegt bei jährlich 6.5 %, wobei auf mehr Nachhaltigkeit abgezielt wird. Die private Nachfrage sollte Infrastrukturinvestitionen als wichtigste Wachstumskomponente ablösen. Die Reformen zielen auch auf den Finanzsektor ab. Das Institut erwartet für den Prognosezeitraum ein durchschnittliches BIP-Wachstum von 7.7 %. Risiken für das Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahren gehen von der Entwicklung des Immobiliensektors und der Schattenbanken (Kreditvergabe) aus.

In den Jahren 2008 bis 2012 wuchs die Wirtschaft **Deutschlands** im Durchschnitt um 0.7 %. Die Arbeitsproduktivität hat um 0.2 % nachgegeben, die Lohnstückkosten sind um 2.3 % gestiegen. Die Arbeitslosenquote betrug durchschnittlich 6.5 % und die Inflation 1.7 %. 2008 begann sich die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland abzukühlen. Durch ihren hohen Offenheitsgrad wurde die Wirtschaft vom Einbruch der Weltkonjunktur besonders hart getroffen. 2009 sank die weltweite Nachfrage gerade nach jenen Investitionsgütern, auf die sich deutsche Unternehmen spezialisiert haben. In der Aufschwungphase 2010 erwies sich Deutschland als konjunkturelles Zugpferd der Wirtschafts- und Währungsunion. Die ausgezeichnete Exportentwicklung war auf die belebte Nachfrage aus den Schwellenländern zurückzuführen. 2011 haben die hohe Kapazitätsauslastung und die niedrigen Finanzierungskosten zu starken Zuwächsen bei den Ausrüstungsinvestitionen geführt, und auch in der Bauwirtschaft hat sich die Dynamik deutlich verstärkt. Die Erholung des privaten Konsums festigte sich und trug so zur Belebung der Binnennachfrage bei. Die Wirtschaftsabschwächung 2012 war primär auf die fehlende Nachfrage aus dem Ausland zurückzuführen.

Im Jahr 2013 bleibt die konjunkturelle Entwicklung der deutschen Wirtschaft sehr verhalten, mit einer Wachstumsbeschleunigung ist erst ab 2014 zu rechnen. Die gute Verfassung des Arbeitsmarktes und das im internationalen Vergleich geringe Budgetdefizit sowie die günstigen Finanzierungsbedingungen bilden solide Grundlagen für die zu erwartende konjunkturelle Belebung. Impulse werden in den kommenden Jahren vom privaten Konsum und auch von der Investitionstätigkeit erwartet. Vom Wechselkurs und von den Rohstoffpreisen wird kein Inflationsdruck ausgehen. Die Arbeitslosigkeit dürfte, auch aus demografischen Gründen, weiter abnehmen. Die deutsche Wirtschaft wird im Prognosezeitraum voraussichtlich um 1.5 % pro Jahr zulegen.

Das BIP **Italiens** ging in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich um 1.4 % zurück. Die Arbeitslosenquote betrug 8.4 % und die Inflationsrate 2.4 %. Die Arbeitsproduktivität ist um 1.0 % gesunken, die Lohnstückkosten legten um 2.6 % zu. Die Leistungsbilanz wies in den vergangenen fünf Jahren ein Defizit aus. Im Außenhandel resultierten steigende Lohnstückkosten und die Spezialisierung der Industrie auf nur langsam wachsende Segmente der Weltwirtschaft in einer mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Industrie, insbesondere gegenüber den Hauptkonkurrenten

aus Asien. Die italienische Exportwirtschaft erlitt daher hohe Marktanteilsverluste. Im Einklang mit der globalen Wirtschaftsentwicklung setzte auch in Italien im Jahr 2008 der konjunkturelle Abschwung ein, der sich 2009 drastisch verstärkte. Die exportorientierten Branchen erlitten dabei den größten Einbruch. Nach einem Aufschwung 2010 schwächte sich die Konjunktur 2011 wieder beträchtlich ab und 2012 setzte erneut eine Rezession ein. Die Herabstufung der Kreditwürdigkeit brachte hohe Finanzierungskosten mit sich, was den Abbau der Staatsschulden und die Kreditaufnahme erschwerte. Die Inlandsnachfrage ging stark zurück. Wegen der notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen sind die Ausgaben der öffentlichen Hand gesunken. Einen starken Rückgang verzeichnete auch die von öffentlichen Aufträgen abhängige Bauindustrie. Die Investitionstätigkeit in der Privatwirtschaft ist wegen der hohen Kreditkosten und der gedämpften Gewinnaussichten gesunken.

Am Anfang des Prognosehorizonts beginnen sich die rückläufigen Tendenzen abzuschwächen. Dies trifft vor allem auf den privaten und den öffentlichen Konsum zu. Die Investitionstätigkeit wird noch immer durch die gedämpften Erwartungen der Investoren und die hohen Kreditkosten erschwert. Wegen der schwachen Importnachfrage und der Exportbelebung wird sich die Außenhandelsbilanz des Landes in den kommenden Jahren verbessern. Ab 2014 könnte die Wirtschaft Italiens die Rezession überwunden haben. Das BIP wird im Prognosezeitraum voraussichtlich um 0.5 % pro Jahr wachsen. Trotz der sehr gedämpften Konjunkturaussichten wird die Inflation mit jährlich etwa 1.6 % relativ hoch bleiben. Die Arbeitslosigkeit wird mit 12 % im Jahresdurchschnitt nicht mehr weiter ansteigen.

Im Zeitraum 2008 bis 2012 betrug das Wachstum der Wirtschaft **Frankreichs** im Durchschnitt 0.1 %. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 9.0 % und die Inflation auf 1.9 %. Die Arbeitsproduktivität stagnierte, die Lohnstückkosten stiegen um 2.2 %. Im Jahr 2008 setzte in der französischen Wirtschaft der konjunkturelle Abschwung ein. Durch die geringere Abhängigkeit vom Export ist der Wirtschaftseinbruch im Jahr 2009 jedoch schwächer ausgefallen als in Deutschland. Einkommenszuwächse haben den privaten Konsum gestützt, die Stimulierungsmaßnahmen im Bereich Infrastruktur und in der Fahrzeugindustrie milderten den Abschwung. Die Fahrzeugbranche profitierte darüber hinaus von den Konjunkturpaketen (Abwrackprämien) in den Nachbarländern. 2010 begann sich die Wirtschaftslage zu verbessern, 2011 wurde das BIP-Wachstum von der Auslandsnachfrage und der Investitionstätigkeit getragen. 2012 dämpften die schwache Einkommensentwicklung und die sinkende Beschäftigung den Konsum. Die Investitionstätigkeit litt unter den Sparprogrammen der Regierung und der hohen Unsicherheit bezüglich der weiteren Wirtschaftsentwicklung.

Während sich in den Nachbarländern eine Belebung abzeichnet, bleibt der Ausblick für die französische Wirtschaft gedämpft. Die Verbraucher verhalten sich wegen der immer schlechter werdenden Lage am Arbeitsmarkt zurückhaltend. Die Industrie leidet unter den Sparprogrammen der Regierung und der hohen Unsicherheit bezüglich der weiteren Wirtschaftsentwicklung. Mit dem erwarteten Nachlassen der Schuldenkrise in Europa wird sich das wirtschaftliche Umfeld auch für Frankreich in den kommenden Jahren verbessern. Die inländische Konjunktur dürfte wieder an Fahrt aufnehmen, während die Exportnachfrage weiterhin verhalten bleibt. Das französische BIP wird im Prognosezeitraum voraussichtlich um jährlich 1.2 % zulegen. Die Inflation wird moderat bleiben. Falls die Arbeitsmarktreformen nicht greifen, ist mit einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Die Wirtschaftsleistung des **Vereinigten Königreichs** verzeichnete in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich einen Rückgang um 0.6 %. Die Arbeitsproduktivität ist um 0.6 % gefallen. Die Lohnstückkosten stiegen um durchschnittlich 2.5 %. Die Arbeitslosigkeit betrug 7.4 %, die Inflation belief sich auf 3.3 %. Im Jahr 2008 setzte eine deutliche Abkühlung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ein. Wie in den USA, so sah sich auch die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs mit einem überhitzten Immobilienmarkt, einer hohen Verschuldung der privaten Haushalte und einem angeschlagenen Finanzsektor konfrontiert. Die Kapitalzuflüsse von Unternehmen, die in die britische Wirtschaft investieren, begannen drastisch einzubrechen. 2009 hat sich, neben dem krisengeschüttelten Dienstleistungssektor, der konjunkturelle Abschwung in der Außenwirtschaft und bei den Investitionen niedergeschlagen. Wegen der schleppenden Nachfrage und der Rohstoffpreisentwicklung hat der Inflationsdruck nachgelassen. Der Leitzinssatz wurde auf ein Rekordtief von 0.5 % gesenkt. 2010 profitierte auch die britische Wirtschaft von der belebten Nachfrage aus den Schwellenländern, gestützt von einer Abwertung des britischen Pfund. Ausgabenkürzungen der öffentlichen Hand und Steuererhöhungen haben 2011 zum Abbau des Budgetdefizits beigetragen, belasteten aber auch die konjunkturelle Entwicklung des Landes.

Am Anfang des Prognosezeitraums festigt sich im Vereinigten Königreich die Wirtschaftslage. Vor allem der private Konsum trägt zum Wachstum bei. Die Exportwirtschaft entwickelt sich wegen der Nachfrageschwäche im Euroraum gedämpft. Die *Bank of England* dürfte daher die expansive Geldpolitik weiterführen. Die niedrigen Zinsen und die verstärkte Nachfrage nach Arbeitskräften werden den privaten Konsum in den kommenden Jahren stimulieren. Impulse werden auch von der Auflockerung der Sparmaßnahmen bei den öffentlichen Ausgaben erwartet. Die Auslandsnachfrage dürfte sich zwar wieder beleben, das Defizit in der Außenbilanz aber ansteigen. Das BIP-Wachstum wird im Prognosezeitraum jährlich 1.7 % ausmachen, wobei die Impulse von der Inlandsnachfrage ausgehen werden.

In den Jahren 2008 bis 2012 wuchs die Wirtschaft der **Schweiz** um durchschnittlich 1.2 %. Die Produktivität sank um 0.3 %, die Lohnstückkosten legten um 1.6 % zu. Die Arbeitslosenquote betrug 4.0 %. Trotz der vergleichsweise guten Wirtschaftslage blieb die Inflation mit 0.4 % moderat. Im Jahr 2008 wurde die Konjunktur von den Exporten getragen und die Exportquote erreichte einen Höchststand von über 57 % des BIP. Die Ausrüstungsinvestitionen verzeichneten ein kräftiges Wachstum. Die günstige Einkommens- und Arbeitsmarktentwicklung stützte den privaten Konsum. Im Jahr 2009 ist jedoch auch die Wirtschaft der Schweiz in eine Rezession geraten. Die Finanzkrise und Rezessionsängste in den USA waren die Auslöser dafür. Es wurde ein markanter Einbruch in der Außenwirtschaft und in der Folge bei den Ausrüstungsinvestitionen verzeichnet. Die vergleichsweise gute Entwicklung der Bauwirtschaft trug zur Abfederung des Konjunkturrückgangs bei. Im Jahr 2010 erzielte die Schweizer Wirtschaft ein solides Wachstum. 2011 wurde die konjunkturelle Entwicklung von der Franken-Stärke geprägt. Aufgrund der Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit in der Außenwirtschaft war die Investitionstätigkeit, insbesondere bei den Ausrüstungsinvestitionen, sehr verhalten. 2012 war die Wirtschaftsentwicklung durch große Unterschiede zwischen der immer noch recht gut laufenden Inlandsnachfrage und der schwächelnden Exportwirtschaft gekennzeichnet.

Gestützt wurde die Konjunktur im Inland durch die historisch niedrigen Zinsen und rückläufige Verbraucherpreise, die das reale Haushaltseinkommen stärken.

Im Jahr 2013 kommen die Impulse vorwiegend von der starken Inlandsnachfrage, da die noch immer historisch niedrigen Zinsen und sinkende Verbraucherpreise das reale Haushaltseinkommen stärken. Die Gefahr einer Überhitzung in der Immobilienbranche hat sich deutlich abgeschwächt. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) wird daher auf absehbare Zeit das Zielband für den Dreimonats-Libor unverändert auf dem Tiefstand von 0 % – 0.25 % belassen. Auch am Mindestkurs von 1.20 Franken pro Euro hält die Nationalbank weiterhin fest. Die Perspektiven der Schweizer Wirtschaft sind für die kommenden Jahre aufwärts gerichtet. Die Zurückbildung der Schuldenkrise und die Festigung der konjunkturellen Entwicklung in den Nachbarländern werden die Nachfrage aus dem Ausland stärken und so die Investitionstätigkeit stimulieren. Die Wirtschaft der Schweiz wird im Prognosezeitraum voraussichtlich um 2.0 % pro Jahr wachsen. Markante Preissteigerungen werden nicht erwartet. Als größtes Risiko für die Schweizer Wirtschaft wird nach wie vor die Schuldenkrise im Euroraum erachtet. Diese könnte wegen wachsender sozialer Spannungen und politischer Uneinigkeit bezüglich notwendiger Wirtschaftsreformen für neue Verunsicherung an den Finanzmärkten sorgen. Dies wiederum könnte den Franken erneut unter verstärkten Aufwertungsdruck bringen. In der Binnenwirtschaft bleibt das Risiko einer Überhitzung an den Immobilienmärkten weiterhin bestehen. Die Konditionen zur Finanzierung von Immobilien sind – angesichts der andauernden Niedrigzinsphase – noch immer sehr günstig, was die Nachfrage weiter stützen dürfte.

Nach einem BIP-Anstieg um 1.4 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre sollte das Wachstum der Wirtschaften der **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten (NMS-11)** mittelfristig moderat zunehmen und im Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2017 2.3 % betragen. Damit wird das Wachstumsdifferenzial gegenüber dem Euroraum 1.3 Prozentpunkte betragen und die Konvergenz somit weiter fortschreiten. Die zunehmende Produktivität und die allmähliche Annäherung des Lohnniveaus werden den Aufholprozess unterstützen. Die Implementierung weiterer Strukturreformen, die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und die Verbesserung der Berechenbarkeit der Rahmenbedingungen für Unternehmen sind dafür wichtige Voraussetzungen.

Im Einklang mit der schwachen Konjunktur in Westeuropa dürfte die Wirtschaftsaktivität am Anfang der Prognoseperiode gedämpft bleiben. In den folgenden Jahren wird sich die Auslandsnachfrage langsam erholen und wieder ein wichtiger Wachstumstreiber für die Region werden. Die von der EU kofinanzierten Infrastrukturprojekte stützen das BIP-Wachstum. Der private Konsum zieht langsam an, insbesondere in Ländern mit geringer Verschuldung der privaten Haushalte, und auch die Kreditvergabe belebt sich allmählich.

Die beträchtlichen Budgetdefizite erfordern die Implementierung fiskalischer Sparmaßnahmen mit dämpfenden Effekten auf das BIP-Wachstum und zur Verschiebung der Beitrittspläne zum Euroraum. Die Rückführung der hohen Budgetdefizite, die durch die Wirtschaftskrise angestiegene Auslandsverschuldung, hohe Arbeitslosigkeit und Inflationsrisiken in einigen Ländern bleiben mittelfristig große wirtschaftspolitische Herausforderungen für die mittel- und osteuropäischen Länder.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das BIP in **Ungarn** um 1.0 % zurückgegangen. Die Wirtschaft dürfte sich in den folgenden Jahren langsam erholen, gestützt durch die Auslandsnachfrage und von den EU-Kohäsionsfonds kofinanzierte Investitionen. Der Konsum bleibt durch hohe Steuern und verminderte Transferzahlungen gedämpft, insbesondere am Anfang der Prognoseperiode. Um das Budgetdefizit und die Staatsverschuldung abzubauen, wird die Regierung in der Prognoseperiode die restriktive Fiskalpolitik beibehalten. Im Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2017 könnte das BIP-Wachstum in Ungarn 1.3 % betragen.

Nach einer dynamischen Entwicklung in den vergangenen fünf Jahren (3.4 %) dürfte sich das BIP-Wachstum in **Polen** verlangsamen und im Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2017 2.5 % betragen. Diese Abschwächung wird durch die deutliche Verlangsamung der öffentlichen Investitionen nach der UEFA EURO 2012 und die restriktive Fiskalpolitik bestimmt. Infolge fiskalpolitischer Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung dürfte das Budgetdefizit in den folgenden Jahren zurückgehen.

In **Tschechien** sollte das Wachstum nach einem Durchschnitt von 0.3 % in den Jahren 2008 bis 2012 mittelfristig moderat bleiben und im Prognosezeitraum 2.1 % betragen. Die Nettoexporte und die Investitionen dürften das BIP-Wachstum tragen. Der private Konsum erholt sich nur langsam. Mittelfristig dürfte das Budgetdefizit infolge der Implementierung der beschlossenen fiskalpolitischen Konsolidierungsmaßnahmen zurückgehen.

Im Fünfjahresdurchschnitt 2008 bis 2012 ist die Wirtschaftsleistung der **Slowakei** um 2.0 % gewachsen. Im Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2017 dürfte sie mit 2.7 % moderat zunehmen. Die starke Nachfrage aus Deutschland sowie die Förderung des Infrastrukturausbaus unterstützen das Wachstum der slowakischen Wirtschaft. Der Konsum wird durch die hohe Arbeitslosigkeit und die restriktive Fiskalpolitik gedämpft. Die Rückführung des hohen Budgetdefizits und der Arbeitslosigkeit sowie die steigende Auslandsverschuldung sind wichtige wirtschaftspolitische Herausforderungen in der Prognoseperiode.

Für **Slowenien** wird in den Jahren 2013 bis 2017 ein durchschnittliches Wachstum von 0.8 % erwartet, womit eine Trendwende gegenüber den letzten fünf Jahren (-1.1 %) erreicht werden dürfte. Das Wachstum wird von den Nettoexporten getragen. Infolge des kontinuierlichen Schuldenabbaus im Finanz- und Unternehmenssektor und aufgrund der weiteren Budgetkonsolidierungsmaßnahmen mit dem Ziel, das Budgetdefizit und die hohe Auslandsverschuldung zurückzuführen, ist mit einer schwachen Inlandsnachfrage zu rechnen.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das BIP in **Rumänien** um 0.4 % gewachsen. In der Prognoseperiode dürfte sich das durchschnittliche BIP-Wachstum auf 2.6 % belaufen. Der nur langsam voranschreitende Schuldenabbau der privaten Haushalte belastet am Anfang der Prognoseperiode den privaten Konsum. Positive Impulse könnten hingegen von der Auslandsnachfrage und den Investitionen ausgehen. Große Herausforderungen der rumänischen Wirtschaft bleiben der Abbau des Zahlungsrückstands des öffentlichen Sektors und die Steigerung der Absorptionsquote von EU-Geldern.

Nach einem BIP-Wachstum von 0.7 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre könnte die Wirtschaft in **Bulgarien** im Zeitraum 2013 bis 2017 ein durchschnittliches Wachstum von 2.7 % verzeichnen. Die anhaltende Schwäche der Inlandsnachfrage, bedingt durch die hohe Verschuldung der Haushalte und Unternehmen, dämpft das Wachstum. Die Exporte stützen hingegen die Wirtschaft. Mittelfristig bleibt der Abbau der Arbeitslosigkeit die wichtigste Herausforderung für die Wirtschaftspolitik.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre verzeichnete das BIP in **Kroatien**, dem jüngsten EU-Mitglied, mit einem Rückgang um 1.9 % eine negative Entwicklung. Die mit dem EU-Beitritt erforderlichen weiteren Reformen werden das Wirtschaftswachstum in den nächsten Jahren fördern. Infolgedessen könnte die Wirtschaft im Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2017 um 1.5 % wachsen. Aufgrund der hohen Verschuldung der privaten Haushalte und der Unternehmen bleibt die Inlandsnachfrage in der Prognoseperiode gedämpft. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen, die Senkung des Budgetdefizits, die Reduktion der Arbeitslosigkeit sowie die Erhöhung der Erwerbsquote stellen die wichtigsten Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik dar.

In **Russland** wurde in den letzten fünf Jahren ein durchschnittliches BIP-Wachstum von 1.8 % verzeichnet. Angetrieben von dynamischen Energieexporten, unterstützt durch eine günstige Entwicklung des Ölpreises und der internationalen Nachfrage nach Rohstoffen, dürfte das durchschnittliche Wachstum der russischen Wirtschaft zwischen 2013 und 2017 3.6 % betragen. Zur Budgetkonsolidierung plant die russische Regierung den Verkauf der Minderheitsanteile an einigen Großunternehmen. Strukturelle Probleme (unter anderem in der öffentlichen Verwaltung und im Gassektor) könnten das Wachstum dagegen negativ beeinflussen. Eine große Herausforderung für die Wirtschaftspolitik bleibt die Reduzierung der starken Abhängigkeit der öffentlichen Finanzen von den Steuereinnahmen aus der Erdölförderung.

Internationale Rahmenbedingungen

Durchschnittliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2008–2012	2013–2017
Welthandel	2.0	5.2
BIP, real		
Deutschland	0.7	1.5
Italien	-1.4	0.5
Frankreich	0.1	1.2
Vereinigtes Königreich	-0.6	1.7
Schweiz	1.2	2.0
USA	0.6	2.5
Japan	-0.2	1.3
China	9.3	7.7
Polen	3.4	2.5
Slowakei	2.0	2.7
Tschechien	0.3	2.1
Ungarn	-1.0	1.3
Slowenien	-1.1	0.8
Bulgarien	0.7	2.7
Rumänien	0.4	2.6
Kroatien	-1.9	1.5
Russland	1.8	3.6
Euroraum	-0.2	1.0
NMS-11*)	1.4	2.3
EU-27	-0.2	1.2
OECD	0.5	2.1
Österreichische Exportmärkte	2.0	4.6
USD/EUR Wechselkurs**)	1.37	1.30
Erdölpreis (Brent)**)**)	92.6	110.0

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen.

*) NMS-11: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Bulgarien, Rumänien, Estland, Lettland, Litauen, Kroatien

**) absolute Werte

***) USD/barrel

2.3 Anpassungsfortschritte im Euroraum

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise traf die Länder des Euroraums über verschiedene Kanäle und in unterschiedlichem Ausmaß. Während einige Länder nur kurzfristig und hauptsächlich über die Auslandsnachfrage betroffen waren, gerieten Volkswirtschaften mit strukturellen Problemen in eine tiefe Krise. So platzte in Irland eine Immobilienblase, die sich in den Jahren hohen Wirtschaftswachstums, auch infolge niedriger Realzinsen, herausgebildet hatte. Gleichzeitig geriet der Finanzsektor, der sich nicht zuletzt aufgrund steuerlicher Regelungen als internationales Finanzzentrum positioniert hatte und im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung groß war, in Probleme. Dies hatte auch damit zu tun, dass durch das Platzen der Immobilienblase Kredite uneinbringlich wurden. Griechenland geriet in die Krise, weil internationale Investoren die Risiken der hohen öffentlichen Verschuldung zunehmend pessimistischer einschätzten, während die Regierung gleichzeitig eingestehen musste, die Verschuldung bisher zu positiv dargestellt zu haben. Hinzu kam, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit und die Wachstumsaussichten drastisch verschlechterten, was die Zweifel an der Tragfähigkeit der Schulden verstärkte. Das Zusammentreffen von hoher Staatsverschuldung und Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit bildete auch die Ursache der Krisen zunächst in Portugal und später in Italien. Spanien hingegen, dessen Staatsverschuldung bei Ausbruch der globalen Finanzkrise sogar zu den niedrigsten im Euroraum zählte, geriet in die Krise, weil das Platzen der Blase am Immobilienmarkt zunehmend die realwirtschaftliche Entwicklung sowie die Bilanzen der Banken belastete und beides eine steigende Staatsverschuldung zur Folge hatte. In Zypern wurde die Krise ähnlich wie in Irland durch den Finanzsektor ausgelöst, der sich ebenfalls als überdimensioniert erwies und zudem in besonderem Maße vom Schuldenschnitt Griechenlands betroffen war.

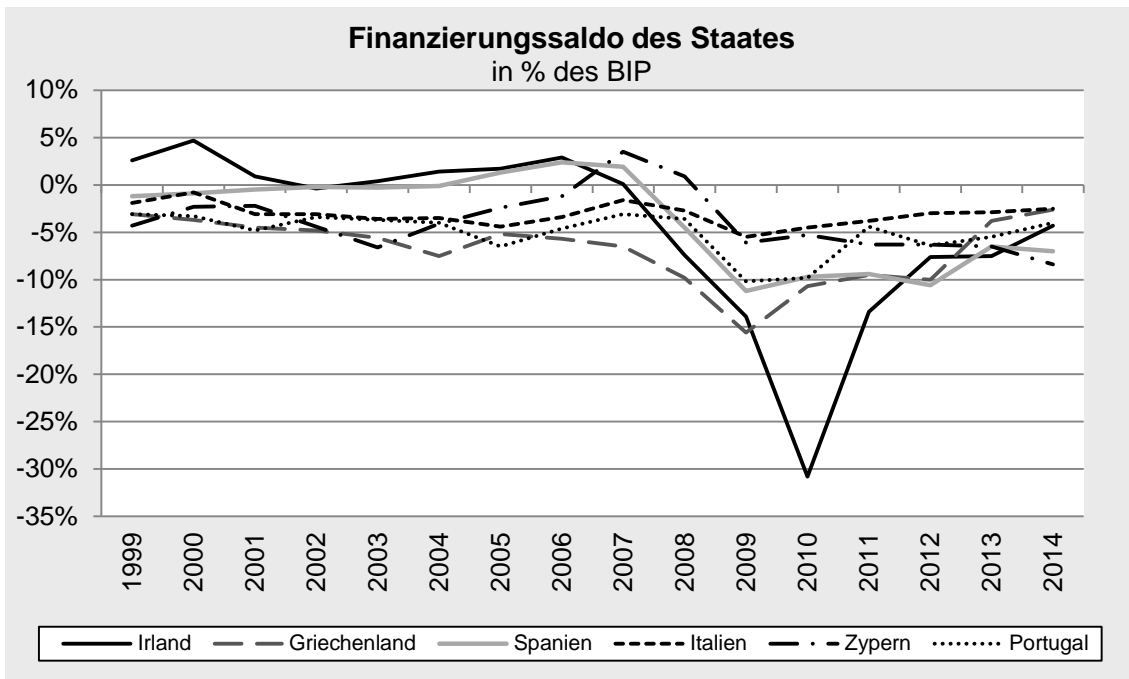
Den genannten Volkswirtschaften ist gemeinsam, dass sie durch die Mitgliedschaft in der Währungsunion in erheblichem Maße von einem Rückgang der langfristigen Zinsen und damit der Finanzierungskosten profitierten. Dies führte dazu, dass die Zinsausgaben des Staates deutlich sanken, was den Anreiz zu einer sparsamen Budgetpolitik verminderte. Die niedrigen Zinsen förderten auch private Investitionen. Dies machte Investitionsprojekte scheinbar rentabel, die bei einer realistischeren Einschätzung der damit verbundenen Ertragsaussichten vermutlich nicht durchgeführt worden wären und sich letztlich als nicht nachhaltig erwiesen. Letztendlich wurde in den betreffenden Ländern, wenn auch über unterschiedliche Kanäle, die Inlandsnachfrage kräftig gesteigert. Da diese Expansion zudem die Beschäftigung steigen ließ, schien wenig Anlass zu Lohnzurückhaltung und zu Arbeitsmarktreformen zu bestehen. Der daraus resultierende kräftige Anstieg des Lohn- und Preisniveaus erodierte die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit der betreffenden Volkswirtschaften. In Verbindung mit der kräftigen Inlandsnachfrage trug dies zu hohen und über die Zeit steigenden Leistungsbilanzdefiziten und damit einer Akkumulation von Auslandsschulden bei. Dies wurde dadurch begünstigt, dass die am Durchschnitt des Euroraums ausgerichtete Geldpolitik der Europäischen Zentralbank in diesen Ländern übermäßig expansiv wirkte.

Die Ungleichgewichte konnten sich auch deshalb entfalten, weil im Euroraum eine auseinanderdriftende Wettbewerbsfähigkeit nicht durch Anpassungen der nationalen Wechselkurse korrigiert werden kann. Dieser Anpassungsmechanismus müsste durch eine stärkere Lohn- und Arbeitsmarktflexibilität

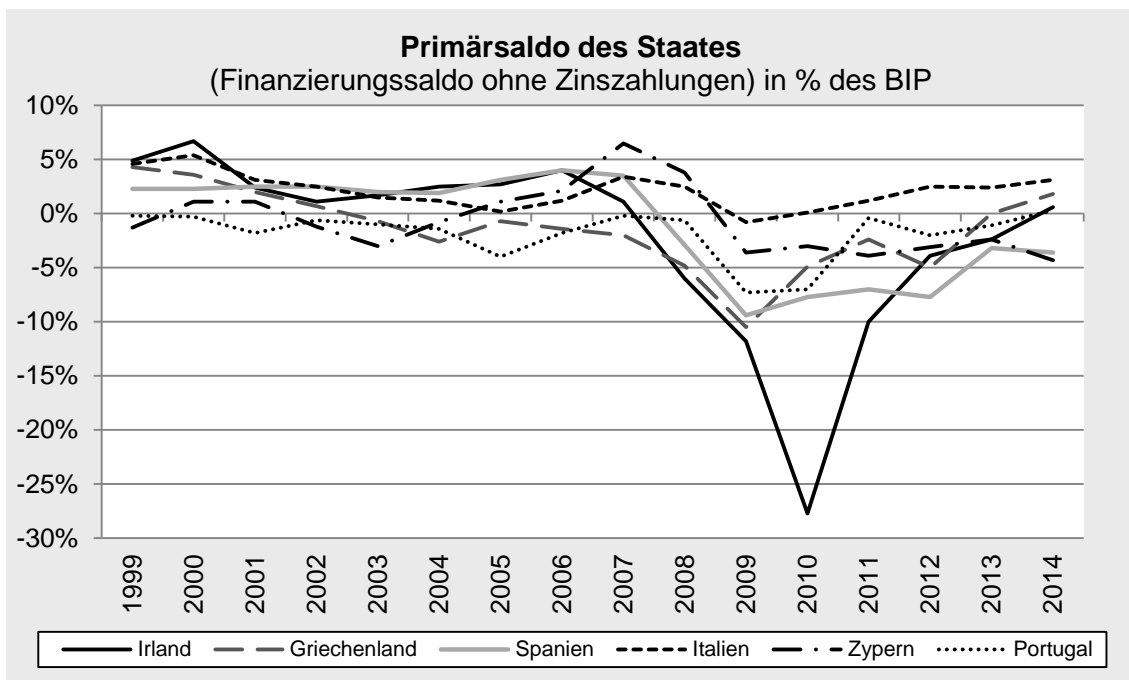
ersetzt werden, was in den betreffenden Staaten bis zum Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise aber unterlassen wurde. Mit dem Ausbruch der Krise stürzten die Länder in eine langanhaltende Anpassungsrezession, und das Einkommensniveau wird sich dort nicht rasch erholen. Denn im zurückliegenden Boom haben sich Wirtschaftsstrukturen herausgebildet, die sich als nicht nachhaltig erwiesen haben. Nun schrumpfen einige Sektoren aufgrund der Krise schnell, während die Reallokation der Produktionsfaktoren und der Aufbau von Produktionskapazitäten in anderen Sektoren Zeit benötigt, viel mehr als in einer „normalen“ Rezession.

Die Krise hat deutlich gemacht, dass flexiblere Arbeits- und Produktmärkte sowie eine strikt produktivitätsorientierte Lohnpolitik in allen Mitgliedsländern erforderlich sind, um den Wegfall der Wechselkurse zu ersetzen und Handelsungleichgewichte zu beseitigen. In den Krisenländern muss für eine längere Übergangszeit aber das Lohnwachstum deutlich unter dem Produktivitätszuwachs liegen, um die vorangegangenen übermäßigen Lohnsteigerungen zu kompensieren. Und in einigen Ländern sind sogar nominelle Lohnsenkungen erforderlich und teils auch schon im Gange. Dies resultiert zusammen mit der erforderlichen strikten fiskalpolitischen Restriktion zu einem Ausfall an Nachfrage, was zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt hat. Das ist für die Betroffenen schmerzhaft, aber der makroökonomische Anpassungsprozess ist unumgänglich, um eine wettbewerbsfähige Exportwirtschaft aufzubauen und so das Fundament für ein nachhaltiges künftiges Wirtschaftswachstum zu legen.

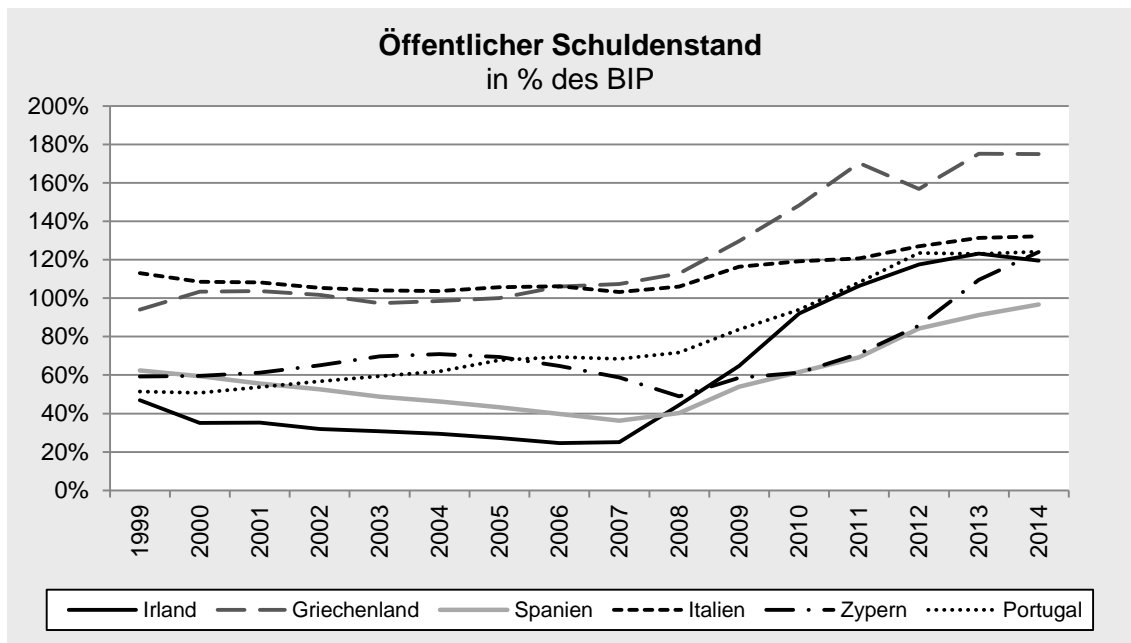
Wie die folgenden Abbildungen zeigen, haben die Länder, die in finanzielle Probleme geraten und internationale Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt hatten, mit Ausnahme Zyperns seit Ausbruch der Krise erhebliche Fortschritte hin zu tragfähigen Staatsfinanzen, einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft und einer solideren Kapitalisierung der Geschäftsbanken erzielt. Die Budgetdefizite des Staates konnten teils deutlich reduziert werden, auch wenn die betrachteten Länder zum Teil noch weit von einem ausgeglichenen Staatshaushalt entfernt sind. Immerhin konnte Italien bereits im vergangenen Jahr einen positiven Primärsaldo (staatlicher Finanzierungssaldo ohne Zinszahlungen) erzielen. Da die Länder aber weiterhin Defizite im Staatshaushalt aufweisen, steigen die Schuldenstände weiter. Eine Rückführung der Staatsschuldenquoten (also des Verhältnisses aus Schuldenstand und Bruttoinlandsprodukt) erfordert Budgetüberschüsse bzw. zumindest ein stärkeres Wachstum des nominellen Bruttoinlandsprodukts als der Schuldenstände.



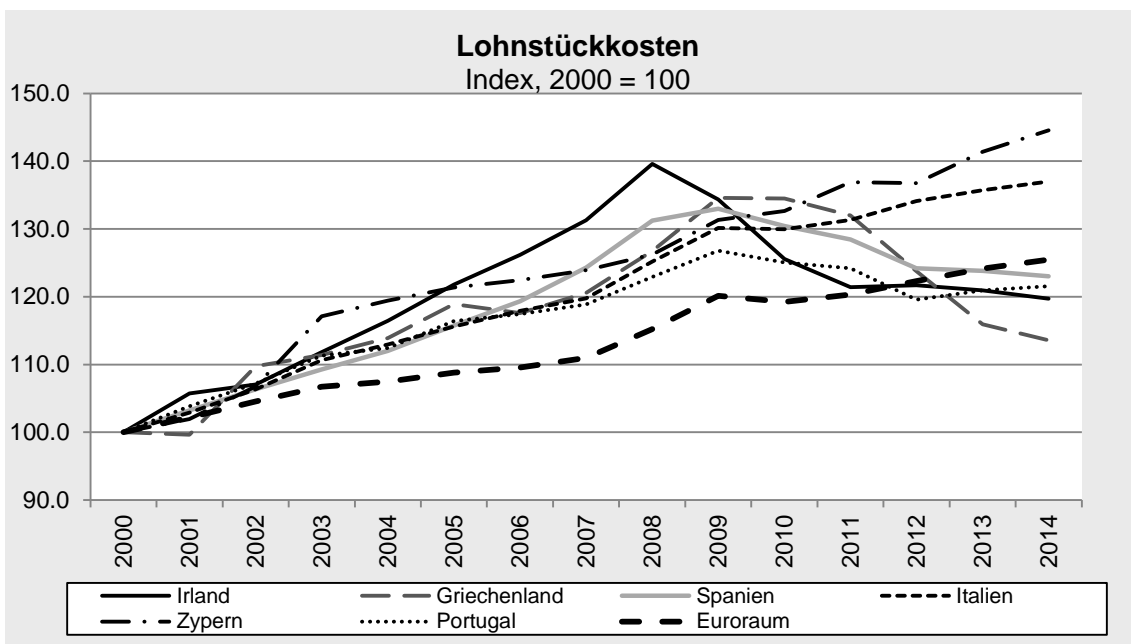
Quellen: Eurostat, Europäische Kommission

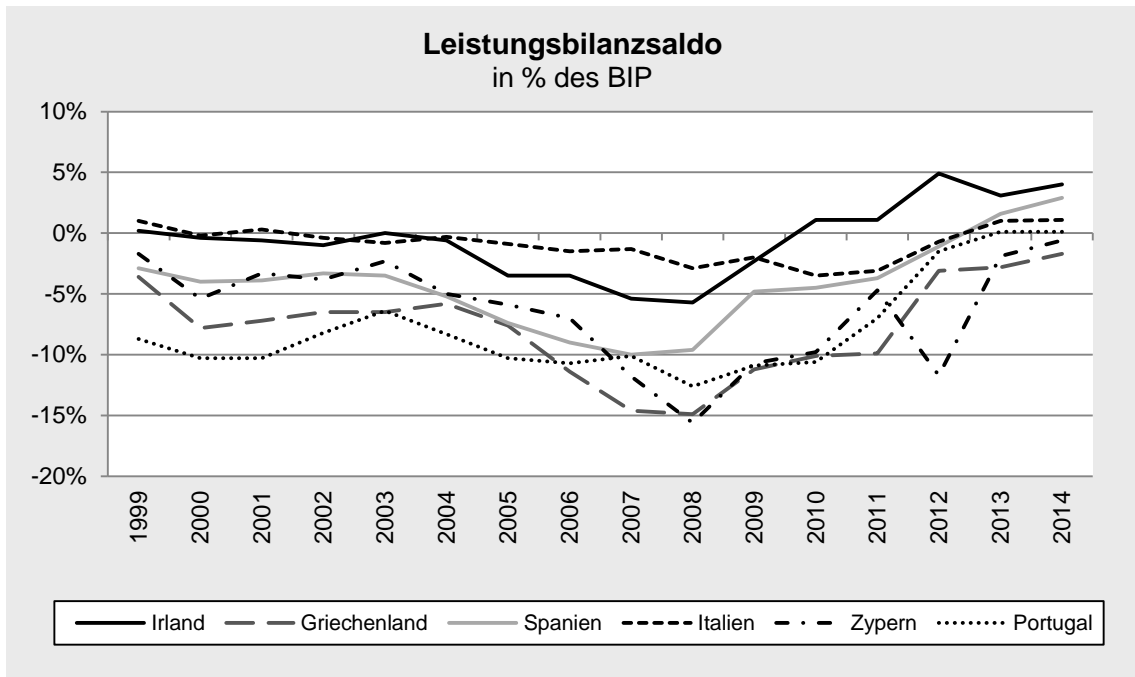


Quellen: Eurostat, Europäische Kommission

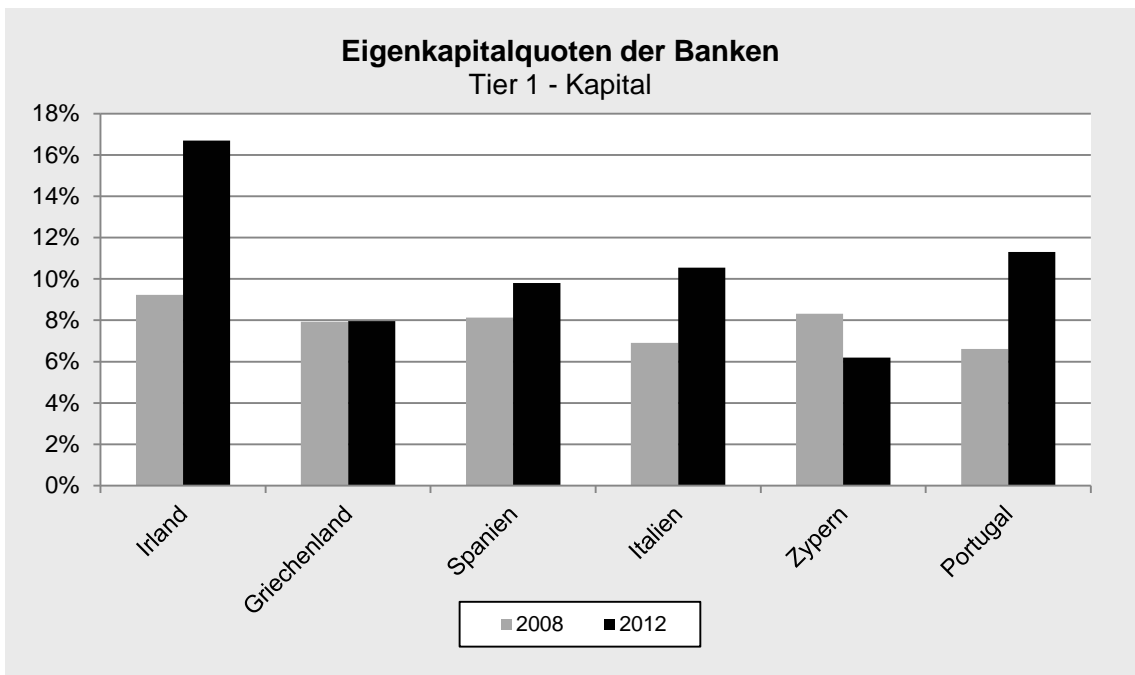


Mit Ausnahme Italiens und Zypern signalisiert die Entwicklung der Lohnstückkosten in den betrachteten Ländern inzwischen eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Die Leistungsbilanzdefizite konnten überall deutlich verringert werden. Dies ist nicht allein auf sinkende Importe aufgrund der rückläufigen Inlandsnachfrage, sondern auch auf erste Erfolge hinsichtlich steigender Exporte zurückzuführen.





Neben den Fortschritten bei der Verringerung der Budgetdefizite, der Wiedererlangung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und dem Abbau der Leistungsbilanzdefizite konnten die untersuchten Länder, wiederum mit Ausnahme Zyperns, auch die Eigenkapitalausstattung der Banken seit Ausbruch der Krise verbessern.



Auch wenn, mit Ausnahme Zyperns, in allen betrachteten Ländern Fortschritte bei der Beseitigung der gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichte und auf dem Weg zu einer Konsolidierung der öffentlichen Finanzen erzielt wurden, unterscheiden sich die Länder beträchtlich hinsichtlich des Tempos der Anpassungen und der bereits erzielten Erfolge. Was bisher erreicht wurde, hängt nicht zuletzt von dem Zeitpunkt ab, an dem der Reformprozess startete. Irland geriet als erstes der genannten Länder in eine tiefe Rezession und musste als erstes Reformen einleiten. Auch wenn noch längst nicht alle Probleme im Bankensektor gelöst sind und die private wie die staatliche Verschuldung noch hoch sind, so konnte das Land seine Wettbewerbsfähigkeit doch beträchtlich verbessern, und es erzielt wieder Leistungsbilanzüberschüsse. Andere Länder begannen später und sind bei weitem nicht so weit fortgeschritten. In Zypern, das als bisher letztes Land internationale Finanzhilfen in Anspruch nehmen musste, sind aufgrund der Kürze der seit Ausbruch der Krise vergangenen Zeit noch keine Anpassungsfortschritte erkennbar. Die Unterschiede in den Anpassungsfortschritten dürften auch mit der Qualität der Institutionen (etwa hinsichtlich Arbeitsmarktflexibilität oder bürokratischen Hemmnissen bei der Unternehmensgründung) in den betreffenden Ländern zusammenhängen.

Alles in allem verlaufen die Anpassungsprozesse in den Krisenländern zäh und dürften noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Eine Erholung der Realwirtschaft hat bisher allein in Irland eingesetzt. Dort sinkt inzwischen die Arbeitslosigkeit, allerdings ausgehend von einem sehr hohen Niveau. Die hartnäckige Arbeitslosigkeit ist auch ein großes, wenn nicht das größte Problem in den anderen Krisenstaaten. Trotz der Fortschritte bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist zudem noch keine Verbesserung hinsichtlich der Schuldenstände zu erkennen. So haben sich die private Verschuldung, die Staatsschuldenquoten und auch die Verschuldung gegenüber dem Ausland bisher bestenfalls stabilisiert. Die bereits erreichten Anpassungen stellen zwar Schritte in die richtige Richtung dar. Die Verwundbarkeit bei erneuten Krisen bleibt aber hoch. Der weitere Erfolg der Reformen hängt davon ab, ob es gelingt, die mit enormen sozialen Kosten verbundenen Anstrengungen aufrecht zu erhalten. Dies dürfte politisch nur dann durchsetzbar sein, wenn sich die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt bald verbessern.

Neben den makroökonomischen und fiskalischen Anpassungen in den Mitgliedstaaten wurden auf europäischer Ebene institutionelle Reformen eingeleitet, die auf ein frühzeitiges Erkennen und Korrigieren übermäßiger Budgetdefizite und makroökonomischer Ungleichgewichte abzielen. Da die Krise auch Liquiditäts- und Solvenzprobleme im Bankensektor offengelegt hat, wurden zudem Schritte hin zu einer europäischen Bankenunion gelegt, die insbesondere eine stärkere Eigenkapitalausstattung der Banken und eine stärkere Beteiligung der Eigentümer im Falle von Verlusten vorsieht, um die Spirale aus Bankenverlusten, daraus resultierender höherer Staatsverschuldung infolge öffentlicher Rekapitalisierungen und in weiterer Folge neuerlicher Abschreibungen im Bankensektor auf die dort gehaltenen Staatsanleihen zu durchbrechen. Der Aufbau höherer Eigenkapitalquoten und die zentrale Aufsicht in einer Bankenunion mindern somit die systemischen Risiken im Bankensektor und die Ansteckungsgefahren im Euroraum. Außerdem wurde ein Fiskalpakt verabschiedet, der darauf abzielt, die Staatsschulden auf ein tragbares Niveau zu reduzieren. Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) schließlich gewährt Überbrückungskredite zu sehr niedrigen Zinsen, aber unter strikten Kontrol-

len und Reformauflagen, welche das Wachstum stärken und die Schulden tragfähigkeit wiederherstellen sollen.

Eine konsequente Umsetzung der eingeleiteten Reformen sollte dazu beitragen, den Teufelskreis aus nachlassender Wettbewerbsfähigkeit und geringem Wachstumspotenzial, übermäßiger Staatsverschuldung und Problemen mit unterkapitalisierten Banken zu durchbrechen. Die Lösung der Eurokrise erfordert aber in erster Linie Eigenanstrengungen der betroffenen Länder selbst, neben einer Zwischenfinanzierung unter Auflagen und Reformen der europäischen Institutionen. Bei den Reformen auf europäischer Ebene muss jedenfalls auf ein ausgewogenes Verhältnis von Zentralisierung und Dezentralisierung geachtet werden. Bei der Frage, wie weit Zentralisierung gehen soll, sollte immer das – auch in den Europäischen Verträgen verankerte – Subsidiaritätsgebot beachtet werden. Die kulturelle Vielfalt und ökonomische Heterogenität in Europa erfordert einen dezentralen Ansatz, in dem die politischen Entscheidungen möglichst nahe am Bürger getroffen werden. Dezentralisierung stärkt die demokratische Legitimierung politischer Entscheidungen. Auf der anderen Seite sollten die Nationalstaaten in eigenem Interesse in bestimmten Bereichen Kompetenzen auf die zentrale Ebene verlagern. Solche Bereiche, in denen die gesamte Europäische Union mehr als die Summe ihrer Teile ist, sind etwa der Gemeinsame Binnenmarkt sowie die Aufsicht über systemisch wichtige Banken.

Die Bürger im Euroraum müssen aber akzeptieren, dass auch innerhalb der Währungsunion das Einkommensniveau stark divergieren kann, abhängig insbesondere vom Bildungsstand, von Forschung und Entwicklung, Innovationen, produktivitätssteigernden Investitionen und dem institutionellen Umfeld. Umverteilung und Solidarität in Europa sollten explizit und transparent sein, beispielsweise im Rahmen der EU-Strukturfonds, aber nicht verdeckt im Rahmen finanzieller Hilfszahlungen infolge falscher politischer Entscheidungen in der Vergangenheit erfolgen. Die Entscheidung zu Umverteilung sollte im Vorhinein im Rahmen transparenter Verfahren getroffen und nicht im Nachhinein durch die Notwendigkeit, ein unkontrolliertes Auseinanderbrechen des Euroraums zu verhindern, diktiert werden. Klare Regeln und Institutionen sind notwendig, um zu verhindern, dass einzelne Staaten notwendige Reformen auf nationaler Ebene verschleppen und sich auf die Solidarität der anderen Mitgliedsländer verlassen. (Wirtschafts)politische Entscheidungen in einzelnen Mitgliedsländern dürfen keine negativen Folgen für andere Mitgliedsländer zeitigen, sondern sollen diesen nützen, damit aus dem Euroraum mehr als die Summe der Teile wird. Die neuen Institutionen und Reformen gehen in diese Richtung und sollten daher konsequent umgesetzt werden.

3. Die österreichische Außenwirtschaft

Die internationale Preisentwicklung und steigende Finanzierungskosten führten dazu, dass in der österreichischen Außenwirtschaft 2008 die Nachfragedynamik aus dem Ausland nachließ. 2009 verschlechterten sich die internationalen Wirtschaftsbedingungen, und so geriet auch die Exportwirtschaft in eine schwere Rezession. Nach dem tiefen Einbruch 2009 stieg die Nachfrage nach österreichischen Gütern und Dienstleistungen aus dem Ausland im Jahr 2010 wieder an. Verglichen mit dem Welthandel blieb der Aufschwung der österreichischen Exporte jedoch verhalten. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass sich die starke Welthandelsdynamik vor allem auf Asien konzentrierte und der Anteil der direkten österreichischen Exporte in diese Region bislang noch gering ist. Indirekte Effekte kamen der österreichischen Exportnachfrage zugute, zurückzuführen auf die engen Handelsbeziehungen Deutschlands mit den stark wachsenden Regionen der Welt. 2011 entwickelte sich die Nachfrage nach österreichischen Waren und Dienstleistungen sehr robust. Die Exportpreise haben dabei markant angezogen. Im Jahr 2012 schlug sich die Abschwächung der globalen Konjunktur, insbesondere die Krise im Euroraum, in der österreichischen Außenwirtschaft nieder. Die Exporte in die Nachbarländer sind gesunken, Zuwächse wurden hingegen bei den Exporten in die Länder außerhalb der EU verzeichnet. Der Preisaufrtrieb in der Außenwirtschaft hat deutlich nachgelassen.

Die schwache globale Konjunktur drückt auch 2013 auf den Welthandel. Weltweit leidet vor allem die Güterverarbeitende Industrie unter der fehlenden Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Dieser Umstand belastet auch die österreichische Außenwirtschaft, insbesondere die exportorientierte Güterverarbeitende Industrie. Durch das langsame Abklingen der weltweiten Vertrauenskrise wird die Nachfrage aus den wichtigsten Exportmärkten in den kommenden Jahren wieder anziehen. Die Zuwachsraten werden jedoch verhalten ausfallen und deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt liegen. Die Güterverarbeitende Industrie wird von der auflebenden Nachfrage aus den Nachbarländern, insbesondere Deutschland, profitieren. Die Handelsbilanz wird im Prognosezeitraum voraussichtlich ein leichtes Defizit aufweisen.

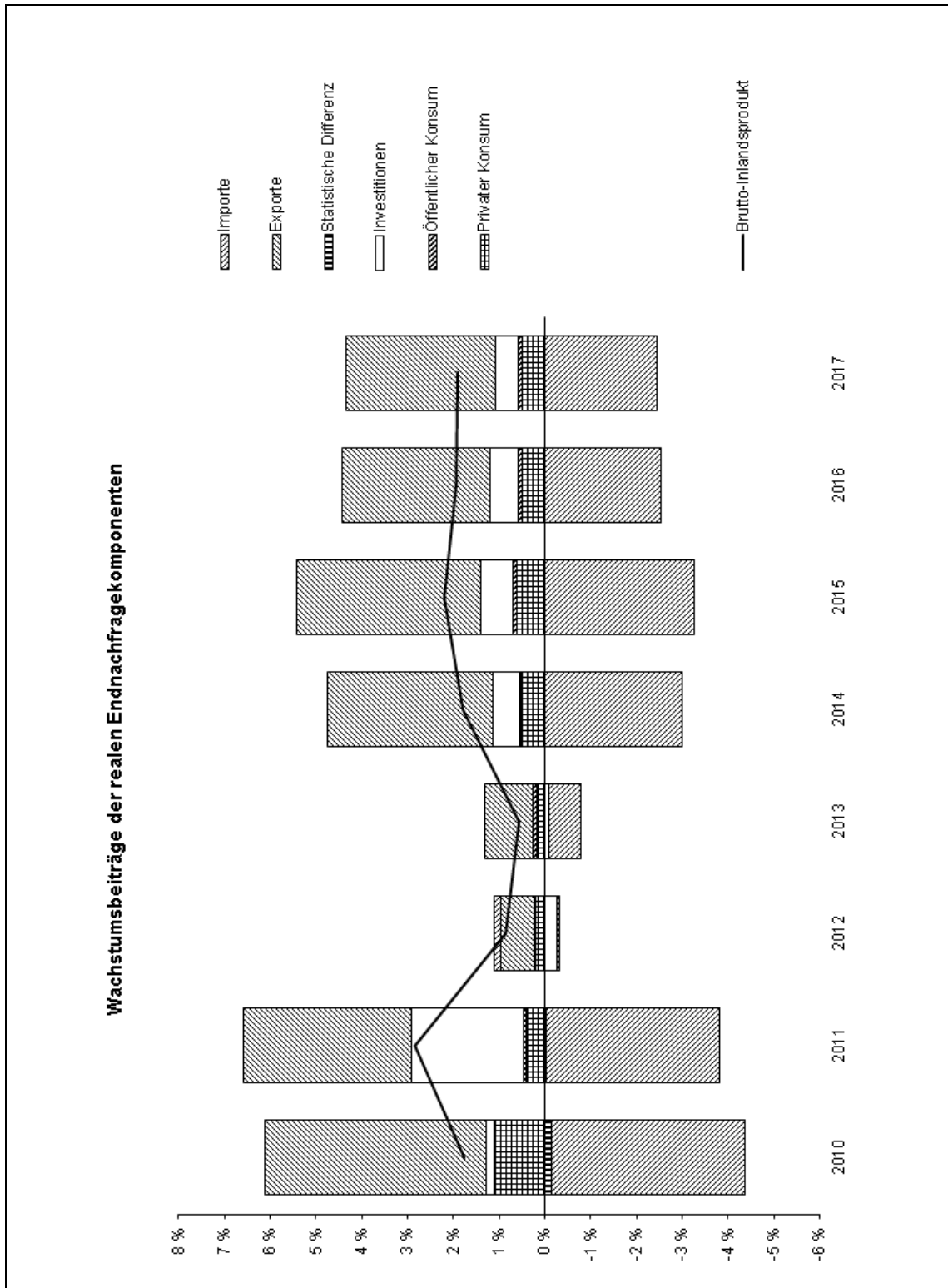
Laut Außenhandelsstatistik von Statistik Austria wuchsen die nominellen Warenexporte im Zeitraum 2008 bis 2012 im Jahresdurchschnitt um 1.5 %. Die Exporte in den Euroraum legten um 0.5 % zu, während sie in die Länder außerhalb des Euroraums um 2.6 % wuchsen. Nach Produktgruppen stiegen die Exporte von Chemischen Erzeugnissen im Jahresdurchschnitt um 6.3 %, von Bearbeiteten Waren um 0.6 % und von Fertigwaren um 1.4 %. In der Produktgruppe Maschinen und Fahrzeuge sind die Exporte um 0.3 % gefallen. Der geringe Zuwachs der gesamten nominellen Warenexporte in den vergangenen fünf Jahren ist auf die schwache Nachfrage im Jahr 2008 und den starken Einbruch 2009 zurückzuführen. Die Exporte von Bearbeiteten Waren sowie von Maschinen und Fahrzeugen verzeichneten dabei die stärksten Rückgänge. 2010 setzte ein Aufschwung ein, der jedoch nur bis 2011 andauerte. Im Jahr 2012 wurde die österreichische Exportwirtschaft wiederum mit einer beträchtlichen Abkühlung der Nachfrage konfrontiert.

Am Anfang des Prognosezeitraums beginnt sich die Nachfrage aus Deutschland zu beleben und der Rückgang bei den Exporten nach Italien verlangsamt sich zunehmend. Die Nachfrage nach den wichtigsten Produktgruppen, insbesondere nach Bearbeiteten Waren sowie Maschinen und Fahrzeugen, beginnt sich wieder zu verstärken. Im Prognosezeitraum dürften die nominellen österreichischen Warenexporte um durchschnittlich 6.4 % zulegen. Die nominellen Warenimporte wuchsen in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich um 2.4 %. Im Prognosezeitraum wird das Wachstum 5.6 % betragen. Die österreichische Handelsbilanz, die von 2008 bis 2012 ein leichtes Defizit aufwies, wird im Durchschnitt der kommenden Jahre wiederum mit einem geringfügig negativen Saldo abschließen.

Der österreichische Tourismus erzielte in den vergangenen fünf Jahren bei den Exporten ein durchschnittliches nominelles Wachstum von 2.4 %. Der Rückgang im Jahr 2009 fiel deutlich geringer als beim Warenhandel und in den anderen Dienstleistungssektoren aus. 2010 hat sich die Nachfrage in der Tourismusbranche stabilisiert und 2011 und 2012 profitierte der österreichische Tourismus von der belebten Konsumnachfrage in den Nachbarländern, insbesondere in Deutschland. 2013 entwickelt sich der Reiseverkehrsexport robust. Im Prognosezeitraum dürften die Reiseverkehrsexporte um durchschnittlich 2.6 % zulegen.

Die realen Exporte i. w. S. laut VGR stiegen in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 0.2 %. Im Prognosezeitraum werden sie um 4.9 % zulegen. Die realen Warenexporte werden dabei durchschnittlich um 5.3 % wachsen, nach einer Stagnation im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre. Im Prognosezeitraum nehmen die realen Reiseverkehrsexporte um durchschnittlich 1.3 % zu. Die Importnachfrage belebt sich aufgrund der kräftigeren Inlandsnachfrage und des hohen Importgehalts der Exporte wieder. Die realen Importe i. w. S. laut VGR werden somit im Prognosezeitraum um durchschnittlich 4.4 % wachsen, nach einem Anstieg um 0.2 % in den vergangenen fünf Jahren. Bei den realen Warenimporten wird ein durchschnittliches Wachstum von 4.5 % erwartet. Die realen Reiseverkehrsimporte dürften um durchschnittlich 1.0 % zunehmen.

Aufgrund des weltweiten Konjunkturunbruchs fiel die Exportquote (Exporte i. w. S. laut VGR in Prozent des BIP) im Jahr 2009 auf 50 %. Anschließend stieg sie wieder und erreichte im Jahr 2012 57 %. Vor dem Hintergrund der günstigen weltwirtschaftlichen Entwicklung erwartet das Institut bis zum Jahr 2017 einen Anstieg der Exportquote auf 66 %. Die Quote der Warenexporte steigt dabei von 41 % auf 48 %.



4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Eine mittelfristige Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung erfordert die Einschätzung des **Produktionspotenzials**, also der bei Normalauslastung der Kapazitäten erreichbaren Produktion einer Volkswirtschaft. Das Produktionspotenzial stellt eine nicht beobachtbare Größe dar und muss daher geschätzt werden. Im Einklang mit der von der Europäischen Kommission im Rahmen der Einschätzung des strukturellen Budgetsaldos verwendeten Methode leitet das Institut das potenzielle Produktionsvolumen der österreichischen Volkswirtschaft mit Hilfe einer Produktionsfunktion mit den Einsatzfaktoren Arbeit, Kapital und technischer Fortschritt ab. Die Produktionsfaktoren gehen nicht mit ihren tatsächlich realisierten, sondern mit ihren potenziellen Werten in die Produktionsfunktion ein, da das Produktionspotenzial ein mittel- bis langfristiges Konzept darstellt, das von normalen Konjunkturschwankungen nicht beeinflusst wird.

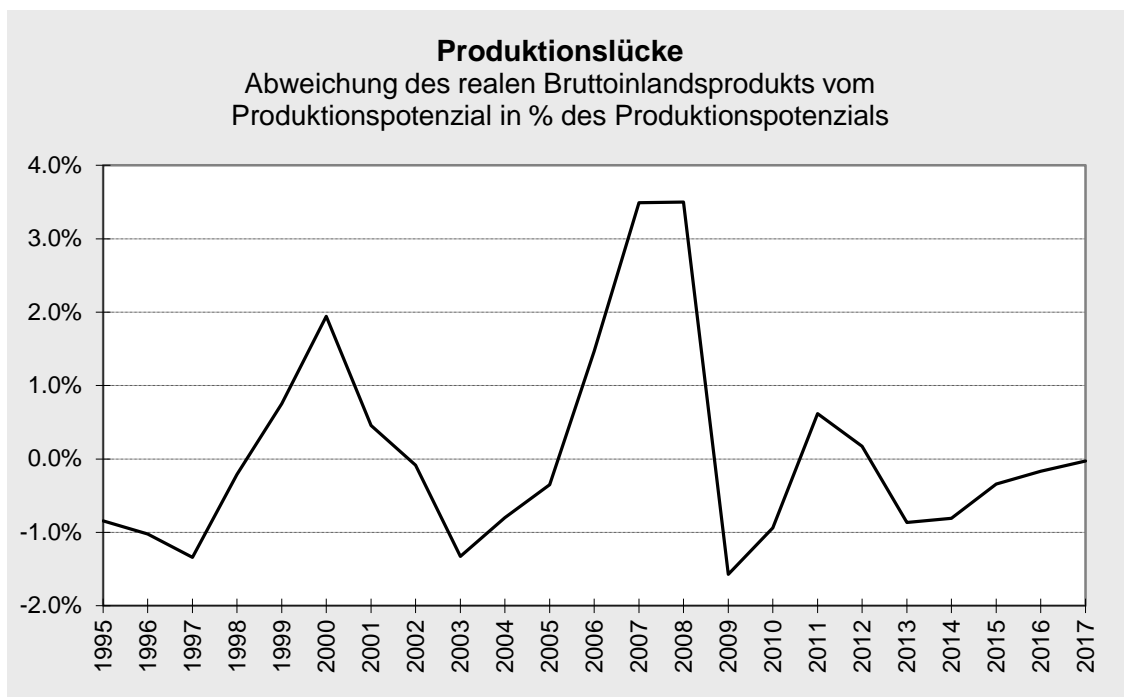
Das in Arbeitsstunden gemessene Arbeitsvolumen setzt sich multiplikativ aus der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, der Erwerbsquote, der strukturellen Arbeitslosenquote und der durchschnittlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen zusammen. Bezüglich der Bevölkerung wird auf die Prognose von Statistik Austria zurückgegriffen. Aufgrund der demografischen Entwicklung steigt demnach die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Zeitraum 2013 bis 2017 um insgesamt 0.4 %. Hinsichtlich der Erwerbsquote (also des Anteils der Personen im erwerbsfähigen Alter, die entweder beschäftigt oder als arbeitssuchend registriert sind) wird für den Prognosezeitraum ein Anstieg um 1.2 Prozentpunkte unterstellt. Hinsichtlich der natürlichen bzw. strukturellen, also von normalen Konjunkturschwankungen nicht beeinflussten Arbeitslosenquote geht das Institut davon aus, dass diese in der jüngsten Wirtschaftskrise etwas gestiegen ist und sich gegenwärtig auf etwa 7 % beläuft. Für den Prognosezeitraum wird ein weiterer geringfügiger Anstieg um 0.2 Prozentpunkte erwartet. Die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen ist seit einigen Jahren tendenziell rückläufig, was insbesondere auf die wachsende Bedeutung der Teilzeitarbeit zurückzuführen ist. Zudem steigt die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer, die oft (vor allem wegen der Inanspruchnahme von Altersteilzeit) eine niedrigere durchschnittliche Arbeitszeit aufweisen. Mittelfristig wird sich nach der Einschätzung des Instituts die trendmäßige Abnahme der Arbeitszeit, wenn auch abgeschwächt, fortsetzen, da der Dienstleistungssektor an Bedeutung gewinnt, in dem der Anteil an Teilzeitstellen hoch ist. Insgesamt wird für die vorliegende Mittelfristprognose unterstellt, dass die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen im Jahr 2017 um 0.6 % niedriger als im Jahr 2012 sein wird. Die skizzierte Entwicklung der Komponenten impliziert, dass das trendmäßige gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen im Jahr 2017 um 1.5 % über dem Niveau von 2012 liegen wird, was einer jahresdurchschnittlichen Zunahme um 0.3 % entspricht.

Aufgrund der Konjunkturschwäche steigen die Bruttoanlageinvestitionen im Jahr 2013 nur wenig. Erst mit der erwarteten wirtschaftlichen Belebung werden die Investitionen ab 2014 mit einem jahresdurchschnittlichen Wachstum von 2.5 % wieder stärker ausgeweitet. Da die Investitionen mit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 zunächst eingebrochen sind und anschließend mit Ausnahme des Jahres 2011 nur mäßig ausgeweitet wurden, wächst der gesamtwirtschaftliche Kapitalstock seit Beginn der Krise schwächer als im langjährigen Durchschnitt. So wurde im Jahr 2012 nur

eine Wachstumsrate von 1.2 % erzielt. Da die Investitionen auch mittelfristig nicht so kräftig expandieren dürften, wie dies bis zum Ausbruch der Wirtschaftskrise der Fall war, wird sich die Wachstumsrate des Kapitalstocks auf einem etwas niedrigeren Niveau als vor der Krise einpendeln. Das Institut schätzt, dass sich die Zunahme des Kapitalbestands bis zum Jahr 2017 auf gut 1 ½ % beschleunigen wird.

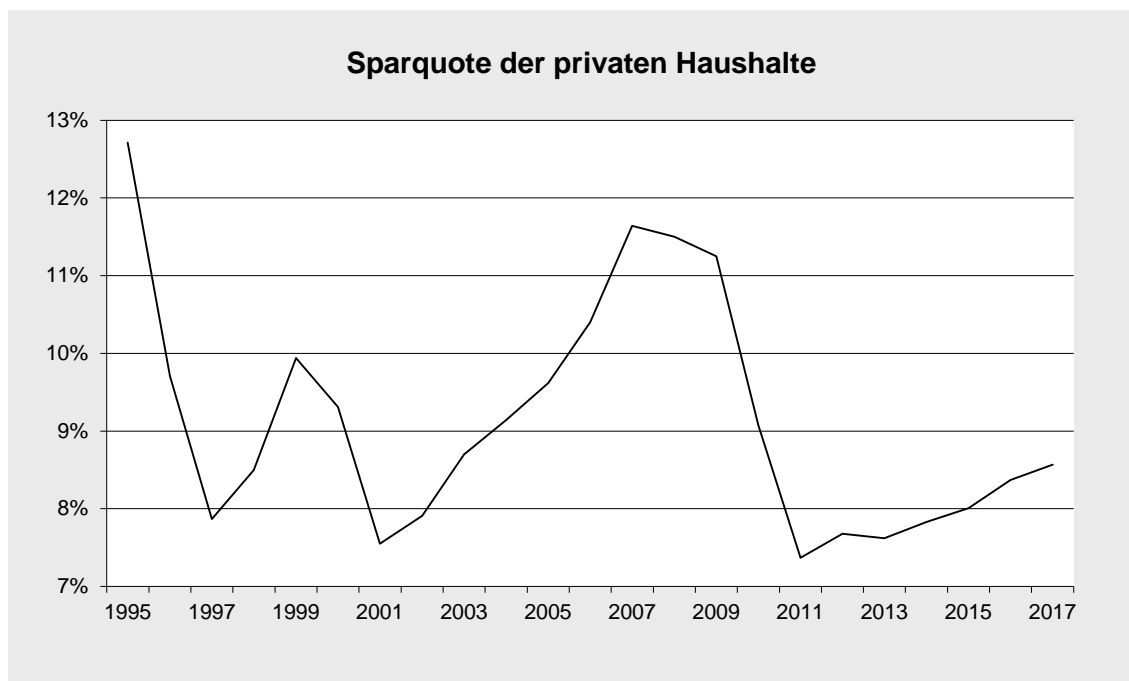
Der technische Fortschritt wird unter anderem von der Erneuerung des Kapitalstocks beeinflusst, da mit der Installation neuer Produktionsanlagen in der Regel technologische Weiterentwicklungen verbunden sind. Mit dem starken Rückgang der Investitionen im Zuge der Rezession hat sich die Fortschrittsrate in den Jahren 2008/2009 im Vergleich zu den Jahren davor verlangsamt und verharrt seitdem nach Einschätzung des Instituts auf 0.8 %. Das Institut geht davon aus, dass sich die jährliche Wachstumsrate des technologischen Fortschritts im Prognosezeitraum erholt und sich im Jahr 2017 auf 1.0 % beläuft.

Aus den beschriebenen Annahmen und Projektionen der Produktionsfaktoren ergibt sich, dass das Produktionspotenzial im Jahr 2012 um 1.3 % gestiegen ist. Im Verlauf des Prognosezeitraums sollte sich die Wachstumsrate beschleunigen und im Jahr 2017 1.8 % erreichen. Die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten dürften im Jahr 2012 in etwa normal ausgelastet gewesen sein. Im Prognosezeitraum wird das reale Bruttoinlandsprodukt zunächst schwächer und ab dem Jahr 2015 etwas stärker als das Produktionspotenzial steigen. Damit ergibt sich zunächst eine negative Produktionslücke, die sich nach Überwindung der Konjunkturschwäche verkleinert und am Ende des Prognosezeitraums schließt.



Im Folgenden werden die heimischen Nachfragekomponenten diskutiert. Im Prognosezeitraum 2013 bis 2017 wächst das reale verfügbare Einkommen der Haushalte im jährlichen Mittel um 1.1 %. Über die Jahre 2014 bis 2017 ergibt sich sogar eine etwas höhere mittlere Wachstumsrate von 1.3 %. Demgegenüber bleibt die mittlere jährliche Expansionsrate des realen **privaten Konsums** knapp unter 1 %. Dadurch steigt die **Sparquote der Haushalte** von 7.7 % im Jahr 2012 auf 8.6 % im Jahr 2017.

In den Zeiten der globalen Finanzkrise fiel die Haushaltssparquote stark ab, da die Haushalte ihren Konsum durch Entsparen gestützt haben. Gegenwärtig stabilisiert sich die Sparquote wieder und wird in der Folge kontinuierlich steigen. Das Institut geht davon aus, dass das Zielniveau der Haushaltssparquote höher liegt als das gegenwärtige. Diese Einschätzung gründet sich unter anderem auf den ungebrochenen Bedarf nach verstärkter Pensionsvorsorge, der sich an der demografischen Entwicklung orientiert.



Die Grafik zeigt die Entwicklung der Haushaltssparquote seit 1995. Diese Kenngröße bewegt sich in längeren Zyklen zwischen Tiefstwerten von rund 7 % und Höchstwerten im zweistelligen Bereich. Die Expansionsphase des letzten Zyklus in den Jahren 2001 bis 2007 wurde durch die globale Finanzkrise und die dadurch ausgelöste Rezession gebrochen. In der darauf folgenden Kontraktionsphase 2007 bis 2011 stellten die Haushalte ihre Sparziele angesichts der schwachen Einkommensentwicklung vorläufig zurück. Nach Erreichen der Talsohle von rund 7 % hat eine neue Expansion bereits begonnen.

Bewegungen der Sparquote gründen sich oft in unterschiedlicher Dynamik bei den wichtigsten Komponenten des Haushaltseinkommens, nämlich den Einkünften aus unselbständiger Arbeit (Lohnein-

kommen) und dem Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen (Gewinneinkommen). Wachsen diese Bestandteile im Gleichschritt, tendiert die Sparquote zu ihrem längerfristigen Zielwert. Ein plötzlicher Einbruch bei den Gewinneinkommen jedoch, wie er in Folge der Finanzkrise zu beobachten war, zieht keine völlig proportionale Einsparung bei den Ausgaben nach sich, sodass die Sparquote fällt. In Analogie kann ein überproportionales Wachstum der Gewinneinkommen zu einer steigenden Sparquote führen, wie dies für den Zeitraum vor der Finanzkrise plausibel ist. Die unterschiedliche Ausgabenreaktion auf Lohn- und Gewinneinkommen lässt sich zwar ökonometrisch nicht befriedigend messen, wird aber weithin als gegeben hingenommen. Unter anderem sind Lohneinkommen für den Haushalt sichtbarer als Gewinneinkommen und dienen daher stärker als Orientierungspunkt für kurzfristige Konsumpläne, auch wenn viele Haushalte nennenswerte Gewinneinkommen beziehen. Da im Prognosezeitraum Lohneinkommen und Gewinneinkommen annähernd parallel wachsen, sind Impulse aus einer relativen Änderung der Einkommenskomponenten nicht mehr zu erwarten.

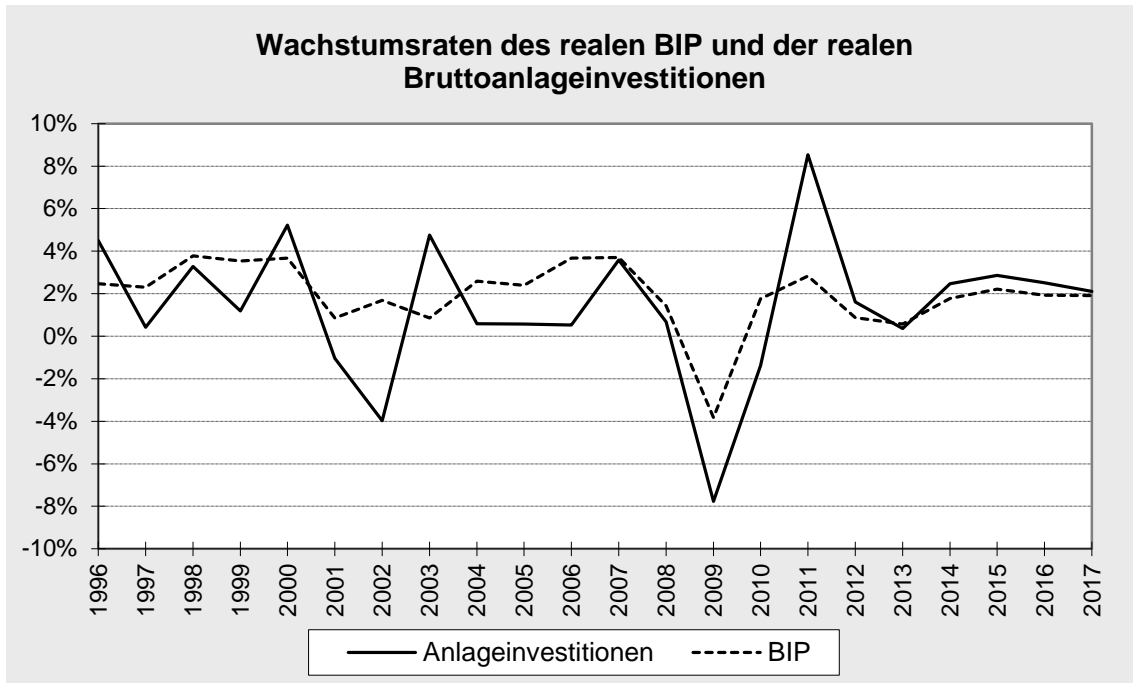
Das vergleichsweise kleine Aggregat „**Eigenkonsum der Dienste ohne Erwerbscharakter**“ wächst im Prognosezeitraum jährlich mit 1.5 %, also etwas kräftiger als der private Konsum.

Die Anlageinvestitionen dienen der Anpassung des tatsächlichen an den optimalen Kapitalstock sowie der Erneuerung des im Produktionsprozess abgenutzten Sachkapitalbestands. Dies trifft auf die Ausrüstungsinvestitionen in stärkerem Maße als auf die Bauinvestitionen zu, da letztere vor allem die Wohnbauinvestitionen und die öffentlichen Bauinvestitionen und nur zu einem geringen Anteil die Bautätigkeit der Unternehmen beinhalten.

Der optimale Kapitalbestand wird maßgeblich von den erwarteten Absatzmengen und Verkaufspreisen sowie den Finanzierungskosten beeinflusst. Da hierbei Erwartungen eine große Rolle spielen, wirkt sich Unsicherheit bezüglich der künftigen Entwicklung dieser Einflussgrößen negativ auf die Investitionstätigkeit aus. Aus der Tatsache, dass die Investitionen, also die Veränderung des Kapitalstocks, der Anpassung des Sachkapitalbestands an das optimale Niveau dienen, folgt, dass sich Änderungen in den Bestimmungsgrößen auf die Investitionen stärker als auf den Kapitalbestand selbst auswirken. Die Investitionen weisen daher im Konjunkturverlauf üblicherweise eine beträchtlich größere Volatilität auf als das Bruttoinlandsprodukt als der wesentliche Indikator für die Nachfrageentwicklung. Dies kommt auch in der nachfolgenden Abbildung zum Ausdruck.

Die **realen Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich sonstige Anlagen) sind im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre um 1.7 % pro Jahr gestiegen. Die Durchschnittsbetrachtung verdeckt die teils markanten Schwankungen zwischen den einzelnen Jahren. So folgte auf einen Einbruch der Ausrüstungsinvestitionen um 8.6 % im Zuge der „großen Rezession“ im Jahr 2009 mit der Konjunkturerholung zunächst 2010 ein moderates Wachstum um 1.8 % und im Jahr darauf mit einer Zunahme um 15.8 % eine äußerst dynamische Entwicklung der Sachkapitalbildung. Anschließend agierten die Unternehmen, wohl insbesondere aufgrund der hohen Unsicherheit bezüglich der Konjunkturaussichten, nur mehr sehr zurückhaltend bei ihren Investitionsplanungen. Die Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen ist in erster Linie der Entwicklung der Fahrzeuginvestitionen geschuldet. Diese brachen im Jahr 2009 um 24.0 % ein, gefolgt von Wachstumsraten von 13.4 % bzw. knapp 25 % in den beiden

folgenden Jahren und einem erneuten kräftigen Rückgang um 6.0 % im Jahr 2012. Demgegenüber ist die Anschaffung neuer Maschinen und Geräte geringeren Schwankungen unterworfen.



Im laufenden Jahr dürfte die Investitionszurückhaltung angesichts der schwachen Nachfrageentwicklung, der damit verbundenen geringen Auslastung der Produktionskapazitäten und der noch immer beträchtlichen Unsicherheit anhalten. Erst im weiteren Prognosezeitraum sollten sich die Investitionen allmählich beleben. Im Einklang mit der graduellen Konjunkturbelebung im Euroraum und der robusten weltwirtschaftlichen Entwicklung dürften die Unternehmen dann wieder verstärkt in den Ausbau der Produktionskapazitäten investieren. Unterstützt wird die Sachkapitalbildung von den niedrigen Finanzierungskosten. Die langfristigen Zinssätze sollten nur allmählich steigen, und die erwartete Stabilisierung der Finanzmärkte erleichtert die Investitionsfinanzierung über die Emission von Aktien und Unternehmensanleihen. Zudem werden mit der Konjunkturbelebung die Gewinnspannen (definiert als Quotient aus BIP-Deflator und Lohnstückkosten) wieder etwas zunehmen, was die Innenfinanzierung begünstigt. Die Gewinnspannen waren im vergangenen Fünfjahreszeitraum durchschnittlich um 0.9 % pro Jahr gesunken. Im Durchschnitt der kommenden fünf Jahre sollten sie um 0.1 % jährlich zunehmen. Ein stärkerer Anstieg wird durch den anhaltenden Beschäftigungsaufbau verhindert, der zusammen mit der eher moderaten Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion steigende Lohnstückkosten zur Folge hat. Alles in allem sollten die realen Ausrüstungsinvestitionen im Zeitraum 2013 bis 2017 um 2.4 % pro Jahr ausgeweitet werden.

Im Vergleich zu den Ausrüstungsinvestitionen stellen sich bei den **realen Bauinvestitionen** sowohl die vergangene Entwicklung als auch die Aussichten ungünstiger dar. Im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre gingen die Bauinvestitionen um 1.1 % zurück. Dabei folgte starken Einbrüchen um

rund 7 % bzw. 4 % in den Jahren 2009 und 2010 eine nur moderate Erholung mit Wachstumsraten von jeweils 2.5 % in den beiden folgenden Jahren. Die Wohnbauinvestitionen wurden im Zeitraum 2008 bis 2012 durchschnittlich um 0.6 % pro Jahr ausgeweitet, während die sonstigen Bauinvestitionen, die sich aus den Bauinvestitionen der Unternehmen und den öffentlichen Nicht-Wohnbauinvestitionen zusammensetzen, um 2.1 % pro Jahr eingeschränkt wurden. Die Wohnbauinvestitionen sanken im zurückliegenden Fünfjahreszeitraum einmal, und zwar um 1.6 % im Jahr 2009. Die sonstigen Bauinvestitionen wurden in den Jahren 2009 und 2010 eingeschränkt, wobei der Rückgang mit 10.4 % bzw. 6.8 % kräftig ausfiel.

Im Prognosezeitraum ist für keines der Bausegmente eine starke Expansion zu erwarten. Die Wohnbauinvestitionen stagnierten im vergangenen Jahr annähernd, und die Baugenehmigungen lassen erwarten, dass sich diese Schwäche im laufenden Jahr fortsetzt. Erst mit der erwarteten Besserung der Arbeitsmarkt- und Einkommensperspektiven dürften die günstigen Fundamentalfaktoren wieder stärker auf die Wohnbautätigkeit durchschlagen. Der Bedarf an Wohnraum steigt durch die zunehmende Wohnbevölkerung und den Trend zu kleineren Familiengrößen weiter. Die Finanzierungsbedingungen bleiben im Prognosezeitraum günstig, da die langfristigen Zinssätze nur allmählich anziehen werden. Der zuletzt beobachtete recht deutliche Anstieg der Immobilienpreise wird sich im Prognosezeitraum wohl wieder abschwächen, denn mit der erwarteten Normalisierung auf den Finanzmärkten verliert das Motiv der „Flucht in Sachwerte“ bei der Anlageentscheidung an Einfluss.

Für die Bauinvestitionen der Unternehmen kann im Prognosezeitraum im Einklang mit der Belebung der Ausrüstungsinvestitionen nach der Überwindung der Konjunkturdelle mit einer Erholung gerechnet werden. Auch in diesem Investitionssegment wirken die Finanzierungsbedingungen stimulierend. Unter den Bausegmenten stellen sich für die öffentlichen Bauinvestitionen die mittelfristigen Aussichten am ungünstigsten dar. Die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte schränkt den finanziellen Spielraum der Gebietskörperschaften für Bauinvestitionen ein. Gleiches trifft auf die ausgegliederten Infrastrukturgesellschaften zu, denn auch diese haben im Lauf der Zeit beträchtliche Schuldenstände akkumuliert, was den Spielraum für Tiefbauinvestitionen in den kommenden Jahren einschränkt.

Alles in allem dürften die realen Bauinvestitionen im Zeitraum 2013 bis 2017 um 1.8 % pro Jahr ausgeweitet werden. Damit bleibt die Zunahme der Bauinvestitionen auch im Prognosezeitraum hinter der Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen zurück. Somit setzt sich der trendmäßige Rückgang des Anteils der Bauinvestitionen an den Bruttoanlageinvestitionen fort. Im Jahr 1995 machten die realen Bauinvestitionen noch rund 62 % der Bruttoanlageinvestitionen aus. Bis 2012 hatte sich dieser Anteil auf 49.4 % verringert, und die vorliegende Prognose impliziert eine Fortsetzung dieses Trends.

Die gesamten **realen Bruttoinvestitionen**, also die Summe aus Ausrüstungs- und Bauinvestitionen, sind im Durchschnitt der zurückliegenden fünf Jahre um 0.2 % pro Jahr gestiegen. Die Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen impliziert für die Bruttoinvestitionen bis 2017 ein jahresdurchschnittliches Wachstum um 2.1 %. Im Zuge der „großen Rezession“ haben die Unternehmen ihre Lagerbestände stark abgebaut und anschließend angesichts der eher schleppenden Konjunkturerho-

lung nur zurückhaltend wieder aufgebaut. Damit sind die gesamten realen Bruttoinvestitionen, d.h. die Summe aus Anlageinvestitionen und Lagerbestandsveränderungen, um 0.5 % pro Jahr zurückgegangen. Im Prognosezeitraum sollten die Vorratsveränderungen im Durchschnitt neutral auf das Wirtschaftswachstum wirken, sodass die gesamten Bruttoinvestitionen mit der gleichen Rate wie die Bruttoanlageinvestitionen, also ebenfalls um 2.1 % pro Jahr, expandieren sollten.

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** ist im Prognosezeitraum vom Stabilitätsprogramm der Bundesregierung geprägt. Die Prognose unterstellt, dass der beschlossene Konsolidierungspfad konsequent umgesetzt wird. Die beschlossenen Maßnahmen werden mit Unterstützung der günstigeren wirtschaftlichen Entwicklung ab 2014 zu einem weitgehend ausgeglichenen Staatshaushalt 2016 führen. Die gesamtstaatliche Defizitquote wird laut Prognose von 2.5 % im Jahr 2012 auf 0.3 % im Jahr 2016 zurückgehen, bevor für 2017 ein leichter Überschuss von 0.2 % erwartet wird. Gegenüber dem letzten Fünfjahreszeitraum wird die durchschnittliche Defizitquote von 2.9 % auf 0.9 % im Zeitraum 2013 bis 2017 sinken.

Während die Einnahmen aus Produktionsabgaben verglichen mit der Vergleichsperiode 2008 bis 2012 auch im Prognosezeitraum mit durchschnittlich 3.0 % ähnlich stark wachsen werden, werden die Einnahmen aus direkten Steuern bedeutend stärker zunehmen. Das Institut schätzt das jährliche Wachstum der Einnahmen aus Einkommen- und Vermögensteuern auf durchschnittlich 5.3 % im Prognosezeitraum, nach 2.4 % im vorangegangenen Fünfjahreszeitraum. Dies liegt einerseits an den entstehenden Mehreinnahmen aufgrund der beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen (erweiterte Besteuerung von Immobilienverkäufen, Solidarbeitrag) und der kalten Progression sowie andererseits am Einbruch der Steuereinnahmen im Krisenjahr 2009, welcher den Durchschnittswert für den Zeitraum 2008 bis 2012 belastet. Die Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen werden sich aufgrund der stabilen Beschäftigungslage mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 3.5 % in etwa gleichem Tempo wie im vergangenen Fünfjahreszeitraum entwickeln. Die Gesamteinnahmen werden mit 3.6 % um durchschnittlich 0.6 Prozentpunkte stärker wachsen als im Zeitraum 2008 bis 2012.

Die Konsolidierungsmaßnahmen schlagen sich auch auf der Ausgabenseite nieder. Während der nominelle öffentliche Konsum 2008 bis 2012 noch um durchschnittlich 3.4 % gestiegen ist, wird sein durchschnittliches Wachstum im Prognosezeitraum nur 2.1 % betragen. Dies ist hauptsächlich auf Einsparungen im öffentlichen Dienst zurückzuführen. Aufgrund der geringeren Pensionsanpassungen werden die monetären Sozialleistungen ebenfalls merklich schwächer expandieren. Die durchschnittliche Wachstumsrate wird von 3.9 % in der Periode 2008 bis 2012 auf 2.3 % im Prognosezeitraum sinken. Dies führt zu einem Rückgang der durchschnittlichen Wachstumsrate der Gesamtausgaben um einen Prozentpunkt auf 2.5 %. Für die Entwicklung der Vermögenstransfers, welche in den vergangenen Jahren durch das Bankenpaket geprägt war, wird ein nur leicht moderateres Wachstum von 6.1 % nach 6.7 % erwartet. Darüberhinausgehende Mehrausgaben zur Finanzmarktstabilisierung stellen ein Risiko für die Einhaltung des Konsolidierungspfads dar. Weiters bestehen Risiken bezüglich der Umsetzung bestimmter vorgesehener Maßnahmen wie der Förderreform, der Reduktion der Gesundheitsausgaben und der Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

Die Rückführung des gesamtstaatlichen Haushaltsdefizits ist wichtig, um das Vertrauen der Finanzmärkte aufrecht zu halten und auch zukünftig für im internationalen Vergleich günstige Refinanzierungskonditionen zu sorgen. Darüber hinaus ist es unerlässlich, wichtige strukturelle Maßnahmen in den Bereichen Pensionen, Gesundheit und Finanzausgleich in Angriff zu nehmen, um für eine nachhaltige Rückführung der Staatsschulden zu sorgen. Gleichzeitig sind verstärkt Maßnahmen in den Bereichen Forschung und Bildung zu setzen, um zur Erhaltung und zum Ausbau der Innovationskraft der österreichischen Wirtschaft beizutragen.

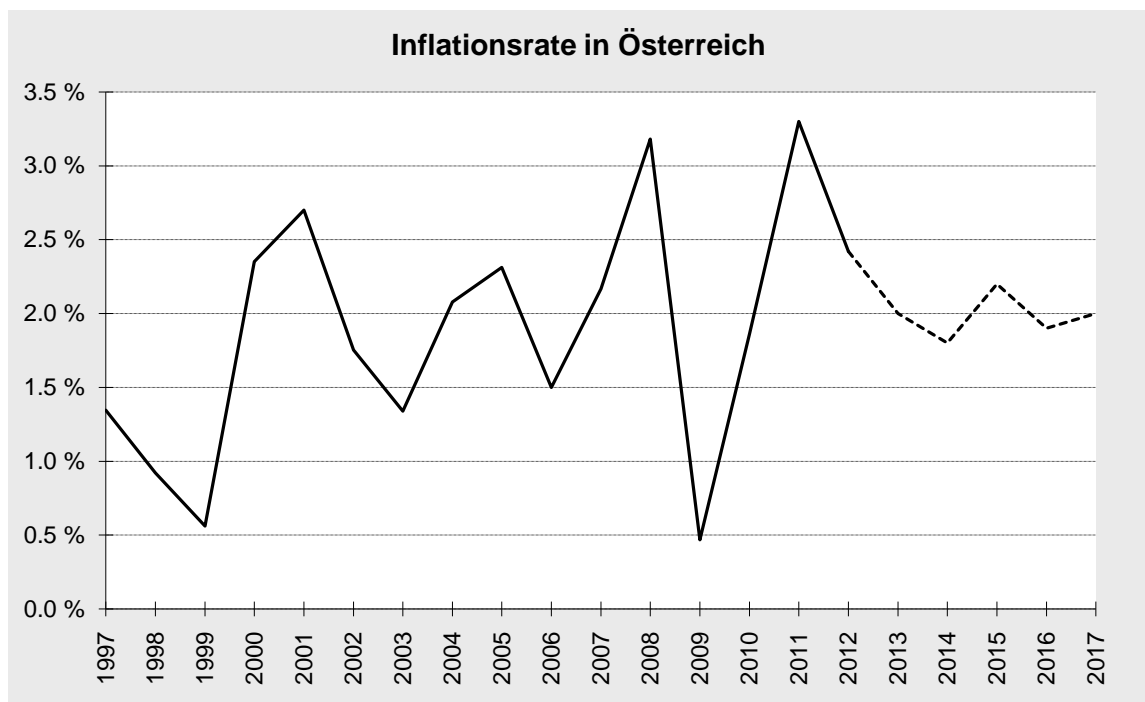
Ein Grund für die niedrigste Arbeitslosenquote Österreichs im europäischen Vergleich liegt darin, dass die Lohnverhandlungen in einer sozialpartnerschaftlichen Weise geführt werden. So haben die Lohnabschlüsse der vergangenen Jahre die Grundlage dafür gelegt, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise vergleichsweise mäßige Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen hat. Die folgende Lohnprognose basiert auf der Annahme, dass die Lohnverhandlungen auch in Zukunft der bewährten sozialpartnerschaftlichen Vorgehensweise folgen werden. Dies bedeutet, dass die Lohnabschlüsse weiterhin beschäftigungsfreundlich gestaltet werden und die internationale Wettbewerbsposition Österreichs damit gesichert bleibt. Im Zeitraum 2008 bis 2012 haben die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** um 2.1 % im Jahr zugenommen. Damit haben die Reallöhne stagniert. Während in der Vergangenheit das Reallohnwachstum in Österreich hinter dem Anstieg der Arbeitsproduktivität zurück blieb, zeigte sich im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ein ausgeglichenes Bild. Dabei ist aber das Krisenjahr 2009 zu berücksichtigen.

Im Prognosezeitraum 2013 bis 2017 geht das Institut von einem durchschnittlichen Lohnwachstum von 2.6 % aus. Nach einem verhaltenen Anstieg der Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten von 2.2 % in diesem und 2.3 % im nächsten Jahr werden sich die Löhne in den Folgejahren um bis zu 3 % pro Jahr erhöhen. Das etwas höhere Lohnwachstum begründet sich durch eine steigende Arbeitsproduktivität und die relativ gute Verfassung des österreichischen Arbeitsmarktes. Dennoch geht das Institut davon aus, dass die Reallohnentwicklung zwischen 2014 und 2017 mit einem Wachstum zwischen 0.5 % und 0.8 % wieder auf den langfristigen Pfad einschwenken und etwas hinter dem Wachstum der Arbeitsproduktivität zurückbleiben wird. So erwartet das Institut nach einer Stagnation der Arbeitsproduktivität in diesem Jahr ein Produktivitätswachstum um etwa 1 % in den Folgejahren.

Die vergangenen fünf Jahre waren von relativ auffälligen Ausschlägen der **Inflationsrate** geprägt. Dafür war neben der konjunkturellen Lage insbesondere die Volatilität der internationalen Rohstoffpreise verantwortlich. Getrieben durch die Dynamik der globalen Energie- und Rohstoffpreise, kletterte der Anstieg der Verbraucherpreise im September 2008 auf einen langjährigen Höchststand von 3.8 %. Knapp ein Jahr später fiel die Inflationsrate im Zuge der Wirtschaftskrise auf einen langjährigen Tiefstand von -0.3 %, um dann zwei Jahre darauf mit 3.6 % wieder nahe dem Höchststand zu liegen. Im Durchschnitt der Periode 2008 bis 2012 ergibt sich schließlich ein jährlicher Anstieg der Verbraucherpreise von 2.2 %.

Für den Jahresdurchschnitt 2013 geht das Institut von einer Inflationsrate von 2.0 % aus. Die Inflationsdynamik für das Jahr 2014 (1.8 %) wird ähnlich eingeschätzt wie der Inflationsverlauf im zweiten

Halbjahr 2013. Die internationale Konjunkturlage und die Wechselkursentwicklung sollten die Energie- und Rohstoffpreisentwicklung auch in den Folgejahren weiterhin dämpfen. Zusätzlich verlangsamt sich der Auftrieb bei den heimischen Lohnstückkosten, die im Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2017 jährlich um 1.8 % wachsen werden, nach 2.6 % im Vergleichszeitraum 2008 bis 2012. Daher geht das Institut auch für die Jahre 2015 bis 2017 von Inflationsraten aus, die um das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank pendeln. Gemäß der Prognose für den Zeitraum 2013 bis 2017 ergibt sich ein jahresdurchschnittlicher Anstieg der Verbraucherpreise von jährlich 2.0 %.



Der österreichische **Arbeitsmarkt** hat sich von der „großen Rezession“ zwar erholt, die Arbeitslosenquote laut nationaler Definition liegt allerdings mit 7.0 % im Jahresdurchschnitt 2012 auf einem historisch hohen Niveau. Die schwache Wirtschaftsdynamik drückt in den ersten beiden Prognosejahren weiter auf den Arbeitsmarkt. Das steigende Arbeitskräfteangebot begünstigt zwar die Beschäftigungsentwicklung, trägt aber auch zu einem spürbaren Anstieg der Arbeitslosigkeit bei. Im heurigen Jahr steigt die Arbeitslosenquote auf 7.5 %. Im weiteren Prognosezeitraum entspannt sich die Wirtschaftslage, allerdings expandiert die Volkswirtschaft nur mit vergleichsweise moderatem Tempo. Folglich ist auch nur mit einem geringen Rückgang der Arbeitslosenquote auf 7.2 % im Jahr 2017 zu rechnen. Die mittelfristige Arbeitsmarktprogno­se fällt damit merklich ungünstiger als noch vor einem Jahr aus. Vor diesem Hintergrund sollte sich die Arbeitsmarktpolitik weiter den strukturellen Schwächen des österreichischen Arbeitsmarkts entgegenstellen.

Aufgrund der schwachen Konjunktur hat sich das Wachstum der **Beschäftigung** in diesem Jahr auf 0.6 % verlangsamt. Hierbei ist zu beachten, dass gegenwärtig nur mehr die Ausländerbeschäftigung

wächst. Die Arbeitsmarktöffnung im Mai 2011 hat wesentlich zur Erhöhung des Arbeitskräftepotenzials beigetragen. So ist die Beschäftigung von Personen aus den von der Arbeitsmarktliberalisierung betroffenen Staaten zwischen Mai 2011 und Mai 2013 um knapp 50,000 Personen angestiegen. Im Prognosezeitraum wird das Arbeitskräfteangebot von Ausländern weiter zunehmen, hierbei ist die Arbeitsmarktöffnung für Rumänen und Bulgaren zu beachten. Allerdings sollte sich das Tempo der Zuwanderung verlangsamen. Aufgrund des stärkeren Wirtschaftswachstums wird die Beschäftigungsnachfrage im Prognosezeitraum zulegen, allerdings wird auch die Arbeitsproduktivität anziehen. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut ein durchschnittliches Beschäftigungswachstum von 0.8 % im Prognosezeitraum. Dabei wird unterstellt, dass die Beschäftigungsquote, insbesondere von Frauen und Älteren, weiter steigt. Bis zum Jahr 2017 sollten somit knapp 150,000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen.

Ausgehend von 250,000 vorgemerkten **Arbeitslosen** im Jahresdurchschnitt 2012 ist wegen der Konjunkturschwäche in den nächsten beiden Jahren mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt 2014 sollte die Arbeitslosigkeit mit 285,000 Personen ihren Höchststand erreichen. 2015 ist ein Rückgang auf 280,000 Personen zu erwarten, danach verharrt die Arbeitslosenzahl auf diesem Niveau. Hierbei wird unterstellt, dass die Zahl der Schulungsteilnehmer auf dem Niveau von 2013 von rund 73,000 Personen verbleibt. Gemäß der Prognose beträgt die Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition 2017 7.2 %, dies entspricht dem Wert des Krisenjahres 2009. Laut Eurostat-Definition impliziert dies eine Quote von 4.7 %.

Im internationalen Vergleich hat die „große Rezession“ am österreichischen Arbeitsmarkt nur geringe Spuren hinterlassen. Allerdings bleibt die Arbeitslosenquote mit rund 7 ¼ % am Ende des Prognosezeitraums auf einem für Österreich historisch hohen Niveau. Die Senkung der Arbeitslosigkeit erfordert Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zur Bekämpfung der strukturellen Schwächen am österreichischen Arbeitsmarkt. Die Aussichten von gering-qualifizierten Arbeitnehmern werden sich tendenziell weiter verschlechtern. Es besteht die Gefahr, dass der qualifikatorische Mis-Match, also das Auseinanderklaffen von nachgefragten und angebotenen Kompetenzen, weiter zunimmt. Der rasche technologische Wandel erfordert eine permanente Bereitschaft der Arbeitnehmer zu Re- und Weiterqualifikation. Im Bereich des „lebenslangen Lernens“ wäre eine gemeinsame Offensive von Betrieben, AMS, Sozialpartnern und Weiterbildungsinstitutionen überlegenswert.

Aufgrund des dualen Ausbildungssystems ist die Arbeitsmarktlage für Jugendliche im Europavergleich gut. Der moderne Arbeitsmarkt erfordert aber ein Mindestniveau an Basiskompetenzen (Lesen, Rechtschreibung, Rechnen, Grundkenntnisse am Computer) von den Jugendlichen. Die PISA-Resultate geben diesbezüglich allerdings Anlass zu großer Sorge. Die Umsetzung der diskutierten Reformen in der Bildungspolitik erscheint unumgänglich. Weiters sollte die Frühkindförderung deutlich ausgebaut werden, insbesondere bei Kindern aus bildungsfernen Schichten. Ausgaben für eine arbeitsmarkt-orientierte Bildungspolitik sind längerfristig gesehen effizienter als teure Arbeitsmarktprogramme bei Jugendlichen und Erwachsenen. Aber auch im Bereich der Hochschulen besteht dringender Reform-

bedarf. Österreich braucht hoch qualifizierte Arbeitskräfte, damit die Unternehmen innovative Produkte herstellen können.

In Folge der demografischen Entwicklung ist es mittelfristig unbedingt erforderlich, bestehende Aktivierungspotenziale zu heben. Diese bestehen insbesondere bei Frauen, Älteren und Migranten. Durch innovative Arbeitszeitmodelle, eine Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuungseinrichtungen und die Verringerung geschlechtsspezifischer Lohnunterschiede könnte die Erwerbsquote von Frauen gesteigert werden. Zur Erhöhung des Pensionsantrittsalters sind neben einer weitergehenden Reform der Invaliditätspension verstärkte Anstrengungen zur Erhaltung und Verbesserung der Arbeitsfähigkeit (*Age Management*) überlegenswert. Letztlich ist es wohl auch notwendig, qualifizierte Migranten anzuziehen und insbesondere die Integration von bereits zugewanderten bzw. Personen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt zu stärken. Generell ist die steuerliche Belastung des Faktors Arbeit in Österreich sehr hoch. Sobald die notwendige Budgetkonsolidierung nachhaltige Erfolge zeitigt, muss der Steuerkeil beim Faktor Arbeit reduziert werden.

5. Monetäre Prognose

Die Leitzinsen liegen weiterhin in vielen Regionen auf historisch niedrigen Niveaus. Anfang Mai hat die EZB ihre Leitzinsen weiter gesenkt, womit der Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte mit 0.5 % auf dem niedrigsten Niveau seit der Euro-Einführung liegt. Seit Herbst 2008 wurden die Leitzinsen im Euroraum kontinuierlich zurückgenommen, mit einer kurzen Unterbrechung 2011, als die EZB die Leitzinsen zwei Mal erhöhte. Auch in den Vereinigten Staaten, im Vereinigten Königreich, in der Schweiz und in Japan lagen die Leitzinsen Mitte Juli unter 1 %, zum Teil faktisch bei null.

Leitzinsen wichtiger Zentralbanken

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Jahresende 2008	2.5	0-0.25	2	0-1	0.1
Jahresende 2009	1	0-0.25	0.5	0-0.75	0.1
Jahresende 2010	1	0-0.25	0.5	0-0.75	0.1
Jahresende 2011	1	0-0.25	0.5	0-0.25	0.1
Jahresende 2012	0.75	0-0.25	0.5	0-0.25	0.1
Durchschnitt 2008-2012	1.66	0.50	1.37	0.66	0.17
15.7.2013	0.5	0-0.25	0.5	0-0.25	0.1

Quelle: Nationale Zentralbanken, Thomson Reuters Datastream

Anmerkung: Bei den Zins-Zielbändern werden zur Ermittlung der Durchschnitte die jeweils angestrebten Zielsätze der Zentralbanken verwendet, wobei für den Zielsatz „nahe bei null“ ein Niveau von 0.1% angenommen wird.

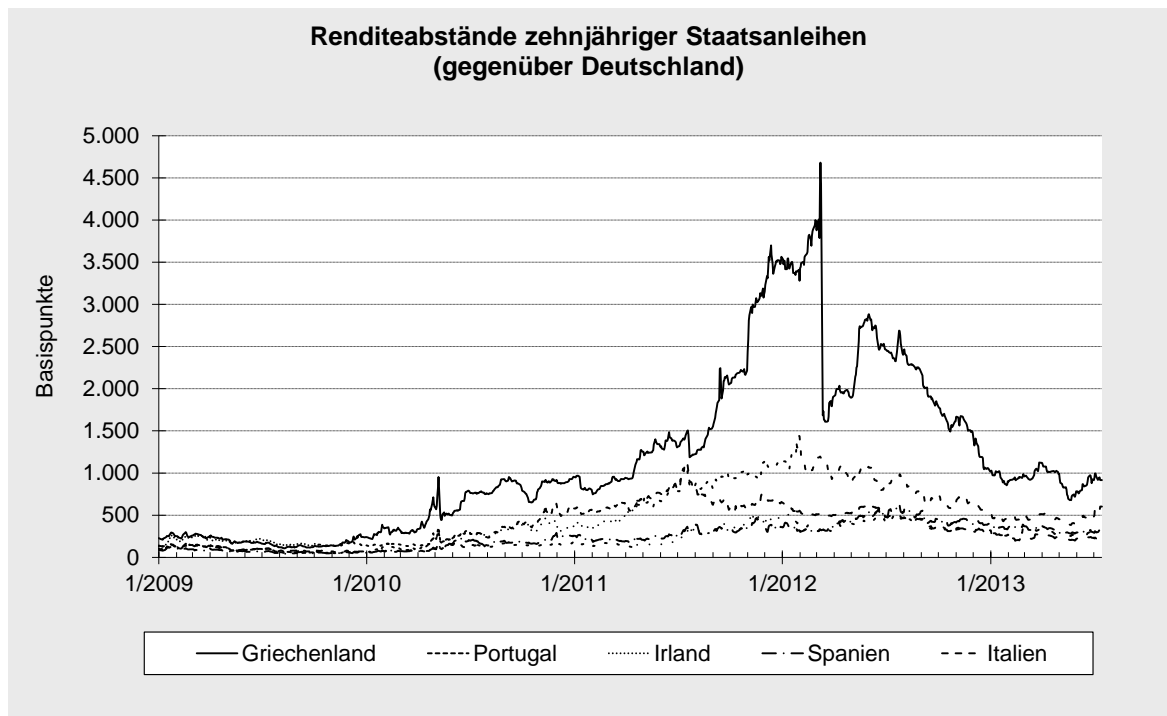
Die EZB hat bekräftigt, ihre Sondermaßnahmen zur Erhaltung der Liquidität im Bankensektor sowie zur Stabilisierung der Finanzmärkte fortzuführen bzw. zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, solange bzw. falls dies als notwendig erachtet wird. Auch in Folge dieser Maßnahmen liegen die Euro-Geldmarktsätze mit einer Fristigkeit von drei Monaten seit Frühjahr 2012 unter dem Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte, so wie dies bereits zeitweise 2009 und 2010 der Fall war. In der ersten Jahreshälfte 2013 wurde der 3-Monats-Euribor zu durchschnittlich 0.21 % quotiert, nach 0.57 % im vergangenen Jahr und 1.73 % im Durchschnitt 2008 bis 2012.

Vor dem Hintergrund der angespannten wirtschaftlichen Lage in einigen Mitgliedsländern erwartet das Institut keine Zinsschritte der EZB in naher Zukunft. Das primäre Ziel der geldpolitischen Strategie der EZB ist die Erhaltung der Preisstabilität im Euroraum, wobei mittelfristig ein Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex im Euroraum von knapp 2 % angepeilt wird. Erschwerend für die Politik der EZB ist momentan die heterogene Konjunktur- und Inflationsentwicklung im Euroraum. Im Zeitraum 2008 bis 2012 lag die durchschnittliche Inflation im Euroraum mit 2.1 % marginal über dem EZB-Referenzwert. Seit Dezember 2011 geht der Preisauftrieb im Euroraum tendenziell zurück, wobei die Inflation im Zeitraum Jänner bis Juni des laufenden Jahres durchschnittlich 1.6 % betrug. Das Geldmengenwachstum ist in den Jahren 2008 und 2009 kräftig zurückgegangen, von 2010 bis 2012 ge-

stiegen und 2013 wieder etwas zurückgegangen. Im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2012 betrug das Wachstum der Geldmenge M3 3.5 %, in den Monaten Jänner bis Mai 2013 belief es sich auf 3.0 %. Insgesamt geht das Institut davon aus, dass die Europäische Zentralbank die Leitzinsen im Euroraum nur leicht und voraussichtlich erst in der zweiten Hälfte des Prognosezeitraums anheben wird. Basierend auf dieser Annahme wird für den Zeitraum 2013 bis 2017 ein durchschnittlicher 3-Monats-Euribor von 0.9 % erwartet.

Der Aufschlag österreichischer Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren gegenüber deutschen Bundesanleihen der gleichen Laufzeit, welcher zu Jahresbeginn 2009 markant angestiegen und dann wieder zurückgegangen war, ist in der zweiten Jahreshälfte 2011 noch kräftiger gestiegen und weist seit Ende 2011 einen sinkenden Trend auf. In der ersten Jahreshälfte 2013 betrug dieser Spread durchschnittlich 34 Basispunkte, während er in den Jahren 2008 bis 2012 rund 50 bzw. 2011 gut 60 Basispunkte betragen hatte. Das Maximum wurde im November 2011 mit 183 Basispunkten erreicht. Österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren wiesen in den vergangenen fünf Jahren eine durchschnittliche Rendite von 3.4 % auf, in der ersten Jahreshälfte 2013 rentierten sie bei durchschnittlich 1.8 %. Das Institut erwartet einen leichten Anstieg der langfristigen Renditen in Österreich. Für den Prognosezeitraum 2013 bis 2017 wird eine durchschnittliche Rendite von 2.9 % prognostiziert.

Die Konsolidierung der Staatshaushalte in den europäischen Krisenländern schreitet langsam voran und damit steigt auch das Vertrauen der Märkte in die Erfüllung der Verbindlichkeiten dieser Länder. Die Renditen der jeweiligen Staatsanleihen liegen derzeit auf vergleichsweise moderaten Niveaus und die Risikoaufschläge zu Deutschland sind zuletzt konstant geblieben bzw. allenfalls geringfügig gestiegen (siehe Grafik).



TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	261.781 1.8%	269.201 2.8%	271.545 0.9%	273.087 0.6%	277.958 1.8%	284.103 2.2%	289.574 1.9%	295.124 1.9%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	285.165 3.2%	299.240 4.9%	307.004 2.6%	314.698 2.5%	325.504 3.4%	339.287 4.2%	351.677 3.7%	364.952 3.8%
DEFLATOR DES BIP (2005=100)	108.933 1.4%	111.159 2.0%	113.058 1.7%	115.237 1.9%	117.106 1.6%	119.424 2.0%	121.446 1.7%	123.660 1.8%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2010=100)	100.000 1.9%	103.300 3.3%	105.800 2.4%	107.916 2.0%	109.858 1.8%	112.275 2.2%	114.409 1.9%	116.697 2.0%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	43.749 1.3%	44.580 1.9%	45.766 2.7%	46.773 2.2%	47.849 2.3%	49.284 3.0%	50.640 2.8%	52.032 2.8%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV- BESCHÄFTIGTE IN 1000 PERSONEN	3260.013 0.8%	3323.325 1.9%	3370.480 1.4%	3390.702 0.6%	3417.828 0.8%	3452.006 1.0%	3483.074 0.9%	3514.422 0.9%
ARBEITSLÖSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6.945 -0.287	6.725 -0.220	6.995 0.270	7.486 0.491	7.510 0.024	7.333 -0.176	7.242 -0.091	7.188 -0.054

TAB. 1/2: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
PRIVATER KONSUM	1.084	0.409	0.217	0.177	0.520	0.619	0.511	0.506
EIGENKONSUM NON-PROFIT	0.002	0.048	0.077	0.008	0.019	0.030	0.029	0.029
ÖFFENTLICHER KONSUM	0.032	0.050	0.031	0.092	0.046	0.090	0.089	0.088
INVESTITIONEN	0.181	2.469	-0.265	-0.081	0.577	0.701	0.594	0.489
AUSRÜSTUNGEN	0.167	1.494	0.065	0.000	0.317	0.374	0.324	0.273
BAUTEN	-0.418	0.251	0.256	0.072	0.206	0.237	0.217	0.181
STATISTISCHE DIFFERENZ	-0.146	-0.025	-0.056	-0.011	-0.007	-0.004	-0.004	-0.003
EXPORTE I.W.S.	4.822	3.672	0.703	1.060	3.610	4.025	3.236	3.262
WAREN	4.393	3.237	0.187	0.642	2.843	3.202	2.665	2.645
Dienstleistungen	0.434	0.434	0.508	0.413	0.778	0.838	0.590	0.635
IMPORTE I.W.S.	-4.206	-3.789	0.164	-0.677	-2.981	-3.251	-2.529	-2.453
WAREN	-3.628	-3.439	0.607	-0.227	-2.580	-2.844	-2.135	-2.078
Dienstleistungen	-0.591	-0.363	-0.439	-0.442	-0.409	-0.419	-0.401	-0.382
BRUTTOINLANDSPRODUKT	1.769	2.834	0.871	0.568	1.784	2.211	1.926	1.917

TAB. 1/3: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
INVESTITIONSQUOTE	19.574	20.660	20.811	20.770	20.909	21.042	21.165	21.204
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0.626	1.085	0.151	-0.041	0.140	0.133	0.123	0.038
ARBEITSLOSENQUOTE EU DEF.	4.4	4.2	4.3	5.0	4.9	4.8	4.8	4.7
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0.4	-0.2	0.1	0.7	-0.1	-0.1	0.0	-0.1
REALZINSSATZ	1.719	1.236	0.581	-0.007	0.759	0.920	1.607	1.977
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0.623	-0.483	-0.655	-0.589	0.766	0.161	0.687	0.370
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV BESCH.	40.027	39.354	39.377	39.454	39.648	39.959	40.292	40.588
	-0.5%	-1.7%	0.1%	0.2%	0.5%	0.8%	0.8%	0.7%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV BESCH.	8.030	8.100	8.057	8.054	8.133	8.230	8.314	8.398
	1.0%	0.9%	-0.5%	0.0%	1.0%	1.2%	1.0%	1.0%
ÖFF. DEFIZIT MAASTRICHT IN PROZENT DES BIP	-4.5	-2.5	-2.5	-2.2	-1.5	-0.8	-0.3	0.2
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0.4	2.0	0.0	0.3	0.7	0.8	0.5	0.5

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
PRIVATER KONSUM	152.827 3.9%	159.607 4.4%	164.436 3.0%	168.295 2.3%	173.038 2.8%	178.967 3.4%	184.191 2.9%	189.753 3.0%
EIGENKONSUM NON-PROFIT	4.083 1.1%	4.272 4.6%	4.584 7.3%	4.710 2.8%	4.860 3.2%	5.056 4.0%	5.250 3.8%	5.451 3.8%
ÖFFENTLICHER KONSUM	55.534 1.8%	56.774 2.2%	58.362 2.8%	59.181 1.4%	60.160 1.7%	61.670 2.5%	63.156 2.4%	64.741 2.5%
BRUTTOINVESTITIONEN	60.031 3.3%	68.866 14.7%	69.620 1.1%	70.572 1.4%	73.521 4.2%	76.961 4.7%	80.169 4.2%	83.293 3.9%
AUSRÜSTUNGS- INVESTITIONEN	26.116 3.1%	30.526 16.9%	31.122 2.0%	31.371 0.8%	32.603 3.9%	34.048 4.4%	35.420 4.0%	36.705 3.6%
BAUINVESTITIONEN	31.383 -1.4%	32.964 5.0%	34.706 5.3%	35.648 2.7%	37.088 4.0%	38.700 4.3%	40.264 4.0%	41.747 3.7%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	0.228 0.227	0.771 0.543	0.127 -0.644	0.063 -0.064	0.021 -0.042	-0.001 -0.022	-0.023 -0.022	-0.047 -0.023
INLANDSNACHFRAGE	272.702 3.3%	290.289 6.4%	297.128 2.4%	302.822 1.9%	311.599 2.9%	322.653 3.5%	332.743 3.1%	343.192 3.1%
EXPORTE I.W.S.	155.093 12.2%	171.468 10.6%	175.594 2.4%	179.964 2.5%	193.812 7.7%	210.963 8.8%	225.335 6.8%	240.828 6.9%
IMPORTE I.W.S.	142.630 13.3%	162.516 13.9%	165.718 2.0%	168.088 1.4%	179.907 7.0%	194.328 8.0%	206.401 6.2%	219.068 6.1%
B I P ZU MARKTPREISEN	285.165 3.2%	299.240 4.9%	307.004 2.6%	314.698 2.5%	325.504 3.4%	339.287 4.2%	351.677 3.7%	364.952 3.8%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2005)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
PRIVATER KONSUM	139.827 2.0%	140.897 0.8%	141.481 0.4%	141.962 0.3%	143.382 1.0%	145.102 1.2%	146.553 1.0%	148.019 1.0%
EIGENKONSUM NON-PROFIT	3.796 0.1%	3.920 3.3%	4.127 5.3%	4.147 0.5%	4.199 1.3%	4.283 2.0%	4.364 1.9%	4.447 1.9%
ÖFFENTLICHER KONSUM	49.619 0.2%	49.751 0.3%	49.835 0.2%	50.084 0.5%	50.209 0.3%	50.460 0.5%	50.713 0.5%	50.966 0.5%
BRUTTOINVESTITIONEN	53.128 0.9%	59.592 12.2%	58.879 -1.2%	58.660 -0.4%	60.237 2.7%	62.185 3.2%	63.873 2.7%	65.288 2.2%
AUSRÜSTUNGS- INVESTITIONEN	24.729 1.8%	28.640 15.8%	28.815 0.6%	28.815 0.0%	29.679 3.0%	30.718 3.5%	31.639 3.0%	32.430 2.5%
BAUINVESTITIONEN	26.575 -3.9%	27.233 2.5%	27.923 2.5%	28.118 0.7%	28.681 2.0%	29.341 2.3%	29.957 2.1%	30.481 1.8%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	0.275 -0.376	0.211 -0.064	0.060 -0.151	0.030 -0.030	0.010 -0.020	0.000 -0.010	-0.010 -0.010	-0.020 -0.010
INLANDSNACHFRAGE	246.377 1.3%	254.233 3.2%	254.227 0.0%	254.763 0.2%	257.936 1.2%	261.940 1.6%	265.413 1.3%	268.630 1.2%
EXPORTE I.W.S.	144.954 9.4%	154.567 6.6%	156.459 1.2%	159.337 1.8%	169.195 6.2%	180.362 6.6%	189.576 5.1%	199.023 5.0%
IMPORTE I.W.S.	129.818 9.1%	139.737 7.6%	139.296 -0.3%	141.133 1.3%	149.274 5.8%	158.309 6.1%	165.495 4.5%	172.599 4.3%
B I P ZU MARKTPREISEN	261.781 1.8%	269.201 2.8%	271.545 0.9%	273.087 0.6%	277.958 1.8%	284.103 2.2%	289.574 1.9%	295.124 1.9%

TAB. 4: PREISINDIZES (2005 = 100)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
PRIVATER KONSUM	109.297 1.8%	113.279 3.6%	116.225 2.6%	118.549 2.0%	120.683 1.8%	123.338 2.2%	125.682 1.9%	128.195 2.0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	111.922 1.6%	114.117 2.0%	117.110 2.6%	118.164 0.9%	119.819 1.4%	122.215 2.0%	124.537 1.9%	127.028 2.0%
BRUTTOINVESTITIONEN	112.993 2.4%	115.562 2.3%	118.241 2.3%	120.307 1.7%	122.053 1.5%	123.761 1.4%	125.514 1.4%	127.578 1.6%
AUSRÜSTUNGS- INVESTITIONEN	105.609 1.3%	106.582 0.9%	108.009 1.3%	108.873 0.8%	109.853 0.9%	110.842 0.9%	111.950 1.0%	113.181 1.1%
BAUINVESTITIONEN	118.091 2.6%	121.045 2.5%	124.292 2.7%	126.778 2.0%	129.314 2.0%	131.900 2.0%	134.406 1.9%	136.960 1.9%
INLANDSNACHFRAGE	110.685 2.0%	114.182 3.2%	116.875 2.4%	118.864 1.7%	120.805 1.6%	123.178 2.0%	125.368 1.8%	127.756 1.9%
EXPORTE I.W.S.	106.994 2.6%	110.934 3.7%	112.230 1.2%	112.946 0.6%	114.550 1.4%	116.953 2.1%	118.862 1.6%	121.005 1.8%
IMPORTE I.W.S.	109.869 3.9%	116.301 5.9%	118.968 2.3%	119.098 0.1%	120.522 1.2%	122.752 1.9%	124.717 1.6%	126.923 1.8%
B I P ZU MARKTPREISEN	108.933 1.4%	111.159 2.0%	113.058 1.7%	115.237 1.9%	117.106 1.6%	119.424 2.0%	121.446 1.7%	123.660 1.8%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
WARENEXPORTE	111.667 15.2%	124.411 11.4%	125.779 1.1%	128.036 1.8%	138.318 8.0%	151.313 9.4%	162.414 7.3%	174.260 7.3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	31.013 6.5%	34.128 10.0%	36.391 6.6%	38.045 4.5%	41.134 8.1%	44.798 8.9%	47.635 6.3%	50.775 6.6%
REISEVERKEHR	12.413 1.5%	12.929 4.2%	13.423 3.8%	13.883 3.4%	14.359 3.4%	14.852 3.4%	15.285 2.9%	15.793 3.3%
EXPORTE I.W.S.	155.093 12.2%	171.468 10.6%	175.594 2.4%	179.964 2.5%	193.812 7.7%	210.963 8.8%	225.335 6.8%	240.828 6.9%
WARENIMPORTE	114.392 14.5%	131.912 15.3%	132.709 0.6%	133.106 0.3%	142.839 7.3%	154.931 8.5%	164.725 6.3%	175.064 6.3%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	21.560 11.6%	23.929 11.0%	26.481 10.7%	28.357 7.1%	30.226 6.6%	32.297 6.9%	34.343 6.3%	36.431 6.1%
REISEVERKEHR	6.678 -0.2%	6.675 0.0%	6.527 -2.2%	6.625 1.5%	6.842 3.3%	7.101 3.8%	7.333 3.3%	7.573 3.3%
IMPORTE I.W.S.	142.630 13.3%	162.516 13.9%	165.718 2.0%	168.088 1.4%	179.907 7.0%	194.328 8.0%	206.401 6.2%	219.068 6.1%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2005)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
WARENEXPORTE	104.283 12.2%	112.757 8.1%	113.261 0.4%	115.005 1.5%	122.768 6.8%	131.668 7.3%	139.239 5.8%	146.898 5.5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	29.055 3.9%	30.234 4.1%	31.504 4.2%	32.449 3.0%	34.396 6.0%	36.545 6.3%	38.098 4.3%	39.813 4.5%
REISEVERKEHR	11.634 0.1%	11.590 -0.4%	11.688 0.8%	11.863 1.5%	12.041 1.5%	12.222 1.5%	12.344 1.0%	12.468 1.0%
EXPORTE I.W.S.	144.954 9.4%	154.567 6.6%	156.459 1.2%	159.337 1.8%	169.195 6.2%	180.382 6.6%	189.576 5.1%	199.023 5.0%
WARENIMPORTE	104.744 9.8%	113.746 8.6%	112.113 -1.4%	112.730 0.6%	119.775 6.3%	127.680 6.6%	133.745 4.8%	139.764 4.5%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	19.177 9.3%	20.420 6.5%	21.840 7.0%	23.041 5.5%	24.078 4.5%	25.161 4.5%	26.231 4.3%	27.280 4.0%
REISEVERKEHR	5.917 -1.8%	5.624 -4.9%	5.386 -4.2%	5.386 0.0%	5.466 1.5%	5.548 1.5%	5.618 1.3%	5.674 1.0%
IMPORTE I.W.S.	129.818 9.1%	139.737 7.6%	139.296 -0.3%	141.133 1.3%	149.274 5.8%	158.309 6.1%	165.495 4.5%	172.599 4.3%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2005 = 100)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
WARENEXPORTE	107.081 2.8%	110.336 3.0%	111.053 0.7%	111.331 0.3%	112.667 1.2%	114.920 2.0%	116.644 1.5%	118.627 1.7%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	106.740 2.5%	112.880 5.8%	115.514 2.3%	117.246 1.5%	119.591 2.0%	122.581 2.5%	125.033 2.0%	127.533 2.0%
REISEVERKEHR	106.692 1.4%	111.547 4.5%	114.846 3.0%	117.028 1.9%	119.251 1.9%	121.517 1.9%	123.826 1.9%	126.674 2.3%
EXPORTE I.W.S.	106.994 2.6%	110.934 3.7%	112.230 1.2%	112.946 0.6%	114.550 1.4%	116.953 2.1%	118.862 1.6%	121.005 1.8%
WARENIMPORTE	109.210 4.3%	115.971 6.2%	118.371 2.1%	118.075 -0.3%	119.256 1.0%	121.343 1.8%	123.163 1.5%	125.257 1.7%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	112.426 2.1%	117.180 4.2%	121.253 3.5%	123.071 1.5%	125.533 2.0%	128.357 2.3%	130.925 2.0%	133.543 2.0%
REISEVERKEHR	112.865 1.6%	118.700 5.2%	121.193 2.1%	123.011 1.5%	125.164 1.8%	127.980 2.3%	130.539 2.0%	133.477 2.3%
IMPORTE I.W.S.	109.869 3.9%	116.301 5.9%	118.968 2.3%	119.098 0.1%	120.522 1.2%	122.752 1.9%	124.717 1.6%	126.923 1.8%
PX/IPM*100	97.383 -1.2%	95.385 -2.1%	94.336 -1.1%	94.834 0.5%	95.045 0.2%	95.276 0.2%	95.305 0.0%	95.337 0.0%
PXG/PMG*100	98.050 -1.5%	95.141 -3.0%	93.818 -1.4%	94.288 0.5%	94.475 0.2%	94.707 0.2%	94.707 0.0%	94.707 0.0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
IMPORTQUOTE, GESAMT	50.016	54.309	53.979	53.412	55.270	57.275	58.690	60.026
ABSOLUTE DIFFERENZEN	4.440	4.293	-0.330	-0.567	1.858	2.005	1.415	1.336
IMPORTQUOTE, GÜTER	40.114	44.082	43.227	42.296	43.882	45.664	46.840	47.969
ABSOLUTE DIFFERENZEN	3.954	3.968	-0.855	-0.931	1.586	1.781	1.176	1.129
EXPORTQUOTE, GESAMT	54.387	57.301	57.196	57.186	59.542	62.178	64.074	65.989
ABSOLUTE DIFFERENZEN	4.336	2.914	-0.105	-0.010	2.356	2.636	1.896	1.914
EXPORTQUOTE, GÜTER	39.159	41.576	40.970	40.685	42.494	44.597	46.183	47.749
ABSOLUTE DIFFERENZEN	4.078	2.417	-0.606	-0.285	1.808	2.104	1.585	1.566

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)
(BESCHÄFTIGTE VOR 2008 RÜCKVERKETTET)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5429.692 0.3%	5456.206 0.5%	5473.591 0.3%	5478.789 0.1%	5484.126 0.1%	5488.375 0.1%	5488.459 0.0%	5485.042 -0.1%
ERWERBSQUOTE	74.378 0.2%	75.200 1.1%	76.102 1.2%	76.863 1.0%	77.462 0.8%	78.066 0.8%	78.691 0.8%	79.399 0.9%
ERWERBSPERSONEN	4038.520 0.5%	4103.050 1.6%	4165.497 1.5%	4211.147 1.1%	4248.128 0.9%	4284.581 0.9%	4318.924 0.8%	4355.081 0.8%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3539.077 0.0%	3563.561 0.7%	3581.564 0.5%	3590.427 0.2%	3605.682 0.4%	3619.649 0.4%	3630.719 0.3%	3642.790 0.3%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	499.443 4.0%	539.489 8.0%	583.933 8.2%	620.721 6.3%	642.446 3.5%	664.932 3.5%	688.204 3.5%	712.291 3.5%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	427.500 1.6%	434.600 1.7%	439.400 1.1%	445.991 1.5%	452.681 1.5%	459.471 1.5%	464.066 1.0%	468.706 1.0%
ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3611.020 0.3%	3668.450 1.6%	3726.097 1.6%	3765.156 1.0%	3795.448 0.8%	3825.110 0.8%	3854.858 0.8%	3886.374 0.8%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE K(U)G-BEZ., ST-DLU UND PRÄSENZDIENER	3260.013 0.8% 100.225 -4.1%	3323.325 1.9% 98.423 -1.8%	3370.480 1.4% 94.974 -3.5%	3390.702 0.6% 92.600 -2.5%	3417.828 0.8% 92.600 0.0%	3452.006 1.0% 92.600 0.0%	3483.074 0.9% 92.600 0.0%	3514.422 0.9% 92.600 0.0%
ARBEITSLOSE	250.782 -3.7%	246.702 -1.6%	260.643 5.7%	281.854 8.1%	285.020 1.1%	280.504 -1.6%	279.184 -0.5%	279.353 0.1%
ARBEITSLIQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6.945 -0.287	6.725 -0.220	6.995 0.270	7.486 0.491	7.510 0.024	7.333 -0.176	7.242 -0.091	7.188 -0.054

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
BIP ZU MARKTPREISEN NOM.	285.165 3.2%	299.240 4.9%	307.004 2.6%	314.698 2.5%	325.504 3.4%	339.287 4.2%	351.677 3.7%	364.952 3.8%
ARBEITNEHMER-ENTGELT LT. VGR	142.621 2.1%	148.153 3.9%	154.254 4.1%	158.593 2.8%	163.539 3.1%	170.129 4.0%	176.381 3.7%	182.863 3.7%
BRUTTOBETRIEBERSÜBER- SCHUSS/SELBST.EINK	111.584 4.7%	118.690 6.4%	119.316 0.5%	121.634 1.9%	126.357 3.9%	132.375 4.8%	137.556 3.9%	143.407 4.3%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	30.959 3.3%	32.397 4.6%	33.434 3.2%	34.470 3.1%	35.608 3.3%	36.783 3.3%	37.739 2.6%	38.683 2.5%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	0.208 -107.8%	-2.031 -1078.6%	-1.894 -6.7%	-2.084 10.0%	-2.126 2.0%	-2.168 2.0%	-2.211 2.0%	-2.256 2.0%
ABSCHREIBUNGEN LT. VGR	45.729 2.7%	47.390 3.6%	49.423 4.3%	51.103 3.4%	52.892 3.5%	54.875 3.8%	56.796 3.5%	58.784 3.5%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	239.643 4.6%	249.819 4.2%	255.687 2.3%	261.511 2.3%	270.487 3.4%	282.244 4.3%	292.669 3.7%	303.913 3.8%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-2.391 4.9%	-2.362 -1.2%	-2.518 6.6%	-2.568 2.0%	-2.619 2.0%	-2.672 2.0%	-2.725 2.0%	-2.780 2.0%
VERFÜGBARES NETTOEINK. DER VOLKSWIRTSCHAFT	237.252 4.6%	247.457 4.3%	253.169 2.3%	258.943 2.3%	267.867 3.4%	279.572 4.4%	289.944 3.7%	301.133 3.9%

Autoren: Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Helmut Hofer, Christian Keuschnigg,
Sebastian Koch, Robert M. Kunst, Philip Schuster, Edith Skriner, Klaus Weyerstraß

Titel: Mitelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2013-2017

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 78

Redaktion: Isabella Andrej

© 2013 Institut für Höhere Studien (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Stumpergasse 56, A-1060 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ <http://www.ihs.ac.at>
